

MITTEILUNGEN

Nummer 4 – November/Dezember 2009

AUS DEM INHALT

- ↪ **Grußwort zum Jahreswechsel**
- ↪ **Landrätetagung**
- ↪ **Forderungen zum
Finanzausgleich**
- ↪ **Bayerische Landräte
fordern schlanke
Verwaltungsstrukturen**

BAYERISCHER LANDKREISTAG



Grußwort

Grußwort zum Jahreswechsel 4

Landrätetagung

Starke Landkreise für Bayern und Deutschland 5

Wirtschaft und Finanzen

Kommunaler Finanzausgleich
Forderungen der kommunalen Spitzenverbände 9

Oberfränkische Landräte fordern angemessene
Finanzausstattung für die Kommunen 10

Erfolgreiche Lösungen brauchen starke Kommunen -
Mit kommunalen Wirtschaftsförderern aus der Krise 11

Innovation

Bayerische Landräte fordern schlanke Verwaltungsstrukturen 11

Positionsbestimmung des Deutschen Landkreistags
zur Nationalen E-Government-Strategie 12

Perspektive für den Landkreis Miltenberg
Basis für wirtschaftliche erfolgreiche Zukunft gelegt 13

Landkreis Cham vergibt Innovationspreis für Tourismuskarten im Internet 14

Staatspreise für Sanierung alter Gebäude 15

Bayerns Wirtschaftsminister Zeil kündigt Bayerischen Energiepreis 2010 an 15

Breitbanderschließung im ländlichen Raum gemeinsam voranbringen 15

Klima und Umwelt

Die Erfolgsgeschichte „Sonnentage“ weiterschreiben -
Leuchtturmprojekt für erneuerbare Energien 16

Energieförderpreis des Landkreises Lichtenfels 2009 17

Verkehr

Oberfränkische Landräte: Resolution zum Erhalt
der kostenlosen Fahrradmitnahme 18

Praxisleitfaden „Park and Ride“ 18

Gesundheit und Krankenhäuser

Zukunft des Belegarztwesens in Bayern 19

Auch 2008 Bettenabbau in den bayerischen Krankenhäusern -
dennoch steigende Patientenzahlen 20

Impressum:

Herausgeber und Verlag:
Bayerischer Landkreistag
Körperschaft des öffentlichen Rechts
Kardinal-Döpfner-Straße 8
80333 München

Postfachadresse:
Postfach 34 02 63
80099 München

Telefon (0 89) 28 66 15 - 0
Telefax (0 89) 28 28 21
Internet: www.bay-landkreistag.de
E-Mail: info@bay-landkreistag.de

Für den Inhalt verantwortlich:
Johannes Reile
Geschäftsführendes Präsidialmitglied
des Bayerischen Landkreistags

Herstellung:
Druckhaus Deutsch GmbH
Machtlfinger Straße 21
81379 München

Die Mitteilungen wurden auf chlorfrei
gebleichtem Papier gedruckt.

Jugend und Soziales

Sozialbericht 2009 und Behindertenbericht 2009 der Bundesregierung	21
Mehr als drei Milliarden Euro für Sozialhilfe	
Eingliederungshilfe für behinderte Menschen größte Einzelposition	22
Sozialhilfeausgaben 2008	23
Alkoholpräventionsprojekt HaLT im Landkreis Fürstentumbruck erfolgreich gestartet	23
Jugendschutz – Was ist erlaubt? Was verboten?	24
Mehr alkoholbedingte stationäre Behandlungen in Bayern	24

Ländlicher Raum

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2028	25
--	----

Deutscher Landkreistag

Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff	26
-----------------------------------	----

Europa

Lissabon-Vertrag stärkt Kommunen in Brüssel	
Mehr Sitze für die kommunalen Spitzenverbände	27
Übersicht über kommunalrelevante Förderprogramme der EU	27
Oberfränkische Landräte informieren sich in Brüssel	28

Aus den Landkreisen

Landkreis Fürstentumbruck: Koordinierende Kinderschutzstelle nimmt Arbeit auf	29
Landkreis Hof: Start frei für das größte Bauprojekt	29
Landkreis Hof: VHS führend in Oberfranken und Bayern	29
Landkreis Hof: Ein Solo für den Landrat	29
Landkreis Hof: VHS hilft bei Jobsuche	30
Landkreis Lichtenfels: Umweltfreundliche Wärmeversorgung für die landkreiseigenen Liegenschaften	30
Landkreis Nürnberger Land: Expertengespräch zur Sicherung von Beschäftigung	31
Landkreis Fürth: Modellstandort für das Aktionsprogramm Kindertagespflege	31

Personalien

Grußwort zum Jahreswechsel

Landrat Theo Zellner, Präsident des Bayerischen Landkreistags

Auch heuer blicken wir wieder auf ein ereignisreiches Jahr zurück. Die immer noch andauernde Wirtschaftskrise, die Wahlen in Europa und auf Bundesebene, vor allem aber deren Folgen, stellen die Weichen für die Zukunft.

Mit mehreren Konjunkturprogrammen ist versucht worden, die weltweite Wirtschaftskrise wenigstens lokal und regional etwas abzumildern. Allein durch das Konjunkturpaket II haben die bayerischen Kommunen 1,4 Mrd. Euro für Investitionsmaßnahmen erhalten. Damit hat Bayern die Wirtschaft kräftig unterstützt. Die Mittel auf viele kleine Maßnahmen zu verteilen war sinnvoll, da diese schnell umgesetzt werden und so das Handwerk beleben können; zudem können dadurch viele Kommunalgebäude endlich energetisch saniert werden.

Wesentliche Verbesserungen erwarten wir auf der Europaebene. Mit dem Inkrafttreten des Lissabonner Vertrags am 1. Dezember 2009 gehen wir einen wichtigen Schritt hin zu einem geeinten Europa mit mehr Mitbestimmung und klaren Entscheidungsstrukturen. Auch wird Europa nun endlich seine bisherige Kommunalblindheit verlieren, da der Vertrag von Lissabon erstmalig das kommunale Selbstverwaltungsrecht respektiert und damit die stärkere Wahrnehmung der Selbstverwaltung von Städten und Gemeinden, aber auch von Landkreisen, als Bestandteil der nationalen Identität festschreibt. Der Bayerische Landkreistag wird sich daher mit dem Deutschen Landkreistag dafür einsetzen, dass das veränderte kommunale Gewicht auch im Ausschuss der Regionen sichtbar wird. Mit bisher drei Sitzen sind die kommunalen Spitzenverbände völlig unterrepräsentiert; die Anzahl muss auf mindestens sechs von insgesamt dreißig Sitzen verdoppelt werden.

Ob wir auch mit der neuen Koalition auf Bundesebene eine kommunalfreundlichere Politik erwarten können,



Theo Zellner

bleibt noch abzuwarten. Gerade in der Sozial- und Gesundheitspolitik hatten wir gehofft, dass mit der neuen Bundesregierung wieder Bewegung in festgefahrene Verhandlungen kommt. Der Koalitionsvertrag von CDU/CSU und FDP bereitet uns allerdings mehr Kopfzerbrechen, als dass er Lösungen parat hält.

Das betrifft in erster Linie die Frage der Neuorganisation der Verwaltung zur Betreuung der Langzeitarbeitslosen. Zwar sollen diejenigen Städte und Landkreise, die die Aufgabe bereits in eigener Verantwortung erledigen, dies auch weiterhin tun dürfen. Warum soll dieser Weg aber nicht auch für weitere Kommunen eröffnet werden? Völlig unverständlich sind die Vorstellungen der Koalition zum Regelmodell des Vollzugs. Da weder eine Grundgesetzänderung noch eine Änderung der Finanzströme zwischen Bund und Ländern gewollt ist, strebt man den getrennten Vollzug einer Leistung durch zwei Träger an. Wie will man dadurch Bürgernähe erhalten und Synergieeffekte für die Behörden erreichen? Umgekehrt können wir nicht hinnehmen, dass der Bund der kommunalen Seite Vorgaben für ihren Aufgabenbereich macht und die Landkreise (und kreisfreien Städte) letzt-

lich zu reinen „Zahlmeistern“ abwertet. Da die Rechtsgrundlage für die Arbeitsgemeinschaften mit Wirkung zum 31. Dezember 2010 außer Kraft treten wird, erwarte ich außerdem für den nächsten Jahreswechsel in Vorbereitung auf die neue Organisation einen Kraftakt, wie wir ihn schon einmal von 2004 auf 2005 erleben mussten. Dieser könnte vermieden werden, wenn die Bundesregierung eine klare bürger- und kommunalfreundliche Entscheidung treffen würde.

Auch zur Gesundheitspolitik sind die Aussagen des Koalitionsvertrags eher zweideutig. Wiederholt ist von der Stärkung des Wettbewerbs im Gesundheitswesen die Rede. Einem alleinigen Preiswettbewerb, der die Qualität der Leistung nicht berücksichtigt, können die Krankenhäuser der Grundversorgung im ländlichen Raum nicht standhalten. Bereits jetzt werden die überproportional hohen Vorhaltekosten sowie die Notfallbehandlungen nicht ausreichend vergütet.

Auf Landesebene erwartet der Bayerische Landkreistag endlich klare und nachvollziehbare Entscheidungen. Entscheidungen, die diese Bezeichnung wirklich verdienen, werden immer seltener. Zu einem unmissverständlichen Votum fehlt häufig der Mut.

Ein Beispiel ist die Übertragung der Zuständigkeit des sogenannten Einheitlichen Ansprechpartners. Die Staatsregierung hat sich für ein Verwirrspiel und Chaos entschieden: Die Aufgabe des Einheitlichen Ansprechpartners sollen die Kammern der betroffenen gewerblichen und freien Berufe wahrnehmen, die Landkreise und kreisfreien Gemeinden, die ohnehin schon über 80 % der Verwaltungsverfahren bündeln, haben nur ein Optionsrecht parallel zu den Wirtschaftsverbänden. Zukünftig kann es in Bayern daher ca. 130 Anlaufstellen – und die auch nur für ausländische Existenzgründer – geben. So entsteht ein Flickenteppich von Zuständigkeiten. Einen Einheit-

lichen Ansprechpartner stellt man sich in der Regel anders vor! Jedenfalls hat die Staatsregierung die einmalige Chance zur Entbürokratisierung und Bündelung von Aufgaben vertan.

Auch eine abschließende Entscheidung der Neuordnung der Zuständigkeit in der Sozialhilfe ist überfällig. Nach einem großen internen Kraftakt hat der Bayerische Landkreistag eine Übertragung der ambulanten Eingliederungshilfe auf die Bezirke hingenommen, wenn die Landkreise im Gegenzug die Zuständigkeit für die stationäre Hilfe zur Pflege von den Bezirken erhalten. Während die ambulante Eingliederungshilfe zum 1. Januar 2008 von den Landkreisen auf die Bezirke übergegangen ist, wurde zur stationären Hilfe zur Pflege nur ein unverbindlicher Prüfauftrag erteilt. Bevor sich die kommunalen Spitzenverbände zerstreiten, muss die Bayerische Staatsregierung endlich Nägel mit Köpfen machen. Unsere Forderung bleibt: Nachdem die Eingliederungshilfe bei den Bezirken gebündelt wurde, ist die Hilfe zur Pflege bei den örtlichen Trägern der Sozialhilfe zu organisieren; natürlich muss zur Abfederung großer finanzieller Verwerfungen ein Ausgleichsmechanismus gefunden werden.

Da den Landkreisen keine eigenen Steuern zustehen, ist es für sie überlebensnotwendig, vom Freistaat Bayern die angemessenen Finanzausweisungen zu erhalten. Während wir uns in den letzten Jahren nicht beklagen konnten, hat der aktuelle Finanzausgleich gezeigt, dass sich die Zeiten ändern: Aufgrund der weltweiten Wirtschaftskrise sprudeln die Finanzquellen nicht mehr und wir befinden uns am Beginn einer finanziellen

Dürrezeit. Wir müssen daher hinnehmen, in den nächsten Jahren mit weniger auszukommen.

Zu einer Entlastung angespannter Haushalte, da sind sich die Landräte sicher, könnte auch eine Verwaltungsreform beitragen. Diese wurde uns vom Freistaat schon öfters versprochen und wir als Landkreistag haben unsere Hausaufgaben gemacht. Auch jetzt hat die Staatsregierung eine umfangreiche Verwaltungsreform angekündigt. Es deutet aber alles darauf hin, dass daraus – wieder – nichts wird. Eine Bündelung von Verwaltungsverfahren führt zu Einsparungen, Synergieeffekte entstehen dann, wenn Genehmigungen aus einer Hand erteilt werden. Dies schont nicht nur klamme Haushaltskassen, sondern bringt auch dem Bürger ein Serviceplus, weil er sich nicht an viele unterschiedliche Stellen, sondern nur an eine wenden muss.

Jedes Jahresende gibt Anlass, in die Vergangenheit zu blicken. Wichtig ist aber die Zukunft, da dort noch auf Entscheidungen Einfluss genommen werden kann.

Die Weiterentwicklung des bayerischen Schulsystems und die Bildung der Jugend liegen mir daher besonders am Herzen. Nach den zurückliegenden Schulreformen R6 und G8 hätten wir eigentlich eine Konsolidierungszeit nötig. Aber angesichts der demografischen Entwicklung und insbesondere des Rückgangs der Schülerzahlen kann uns das Schicksal der Hauptschulen im ländlichen Raum nicht gleichgültig sein, auch wenn wir insoweit nicht Sachaufwandsträger sind. Deshalb stellen wir uns den Dialogforen und halten das

Modell „Mittelschule“ für grundsätzlich geeignet, möglichst viele Hauptschulstandorte zu erhalten und gleichzeitig den Ruf der Hauptschulen aufzuwerten.

Als zukunftsweisend begrüße ich den geplanten flächendeckenden Ausbau von Ganztagschulen. Ich begrüße ferner das Ziel des Bildungsgipfels, Finanzierung und Organisation von offener und gebundener Ganztagschule anzugleichen. Deshalb muss sich der Freistaat auch bei der offenen Ganztagschule an den Schülerbeförderungskosten mit dem üblichen Prozentsatz beteiligen.

Wenn es der neuen Mittelschule gelingt, wohnortnah einen differenzierten Unterricht, Ganztagsbetreuung, eine berufssichere Orientierung und einen „mittleren Abschluss“ zu bieten, liegt das in unser aller Interesse. Es warten die unterschiedlichsten Fragen noch auf eine Antwort: Wird pro Landkreis mindestens eine Mittelschule eingerichtet? Gibt es eine Sprengelpflicht? Wie wird die Schülerbeförderung finanziert? Zusätzlich muss die Jugendsozialarbeit an Schulen dringend ausgeweitet werden. Auch fragen wir uns, wie die UN-Behindertenrechtskonvention, die bereits am 26. März 2009 in Kraft getreten ist, umzusetzen ist.

Im neuen Jahr wird uns die Arbeit nicht ausgehen, wir sind auf Europa-, Bundes- und Landesebene gefragt und aufgerufen, die Interessen der Landkreise und ihrer Bürger zu verfolgen und soweit möglich durchzusetzen. Ich darf Sie daher alle sehr herzlich bitten, den Bayerischen Landkreistag bei seinen Aufgabenstellungen zu unterstützen und wünsche Ihnen für 2010 alles erdenklich Gute.

Starke Landkreise für Bayern und Deutschland

Landrätetagung im Landkreis Ostallgäu

Bei Ihrer Herbsttagung im Landkreis Ostallgäu befassten sich die bayerischen Landrätinnen und Landräte schwerpunktmäßig mit den Themen „Weiterentwicklung des bayerischen

Schulsystems“, „Tourismus in den Landkreisen“ und „Forderungen der Landkreise an den Freistaat Bayern und die neue Bundesregierung“. Zugesagt hatten dazu Kultusminister Dr.

Ludwig Spaenle sowie Wirtschaftsminister und Stellvertretender Ministerpräsident Martin Zell. Wegen der Koalitionsverhandlungen in Berlin wurden sie aber vertreten durch Kultusstaats-

sekretär Dr. Marcel Huber und Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel. Der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, führte jeweils in die Themen ein.



Der Präsident Landrat Theo Zellner begrüßt und führt durch die Landrätetagung im Landkreis Ostallgäu.

Weiterentwicklung des bayerischen Schulsystems

Unter Hinweis auf die zurückliegenden Schulreformen R6 und G8 wünschte sich Zellner eine **Konsolidierungszeit** in der bayerischen Schullandschaft. Kritisch stellte er deshalb fest: „Der Reformeifer des Freistaats Bayern ist gegenwärtig



Kultusstaatssekretär Dr. Marcel Huber beleuchtet die Weiterentwicklung des bayerischen Schulsystems.

kaum noch zu bremsen und ich erwarte, dass die Betroffenen, also auch die Landrätinnen und Landräte, mitgenommen werden. Es geht nicht an, dass wir zuerst über die Medien von Neuerungen erfahren.“ So sei es zum Beispiel beim Thema Mittelschule gewesen.

Als zukunftsweisend begrüßte Zellner den **geplanten flächendeckenden Ausbau von Ganztagsklassen** und stellte fest: „Durch den Beitrag von 5.000 Euro pro Ganztagsklasse und Schuljahr leisten wir Landkreise neben der Zurverfügungstellung der Räume einen ansehnlichen Beitrag.“ Bedauerlich sei allerdings der zögerliche Ausbau an den weiterführenden Schulen. Unerfreulich sei auch der Umgang der Kultusverwaltung mit der Finanzierung der Schülerbeförderungskosten bei der offenen Ganztagschule: „Ein Schwerpunkt des Bildungsgipfels war die Angleichung der Finanzierung und der Organisation von offener und gebundener Ganztagschule. Es entspricht daher ganz dieser Intention, wenn sich der Freistaat auch bei der offenen Ganztagschule an den Schülerbeförderungskosten mit dem üblichen Prozentsatz (ca. 61 %) beteiligt. Ich verstehe nicht, dass darüber im Kultusministerium derzeit noch kontrovers diskutiert wird.“ Diese Diskussion sei im Sinne der Landkreise rasch zu beenden; auch dürften sozial schwächere Schülerinnen und Schüler nicht aufgrund der fehlenden Schulwegkostenfreiheit auf den Besuch von Ganztagschulen verzichten müssen.

Hinsichtlich der Zukunft der **Hauptschule** forderte der Präsident des Bayerischen Landkreistags eine rechtzeitige Einbindung und Information der Landrätinnen und Landräte. „Bei den **Dialogforen** und der **neuen Mittelschule** sind die Landräte zunächst nur als rechtliche Leiter der Schulämter gefragt“, so Zellner. Die Stärkung der Hauptschule ist für den ländlichen Raum von zentraler Bedeutung: „Wenn es der neuen Mittelschule gelingt, wohnortnah einen differenzierten Unterricht, Ganztagsbetreuung, eine berufliche Orientierung und einen „mittleren Bildungsabschluss“ zu bieten, liegt das in unser aller Interesse.“ Allerdings gelte es noch die verschiedensten

Fragen zu erörtern, wie zum Beispiel: Ob pro Landkreis mindestens eine Mittelschule eingerichtet werden könne, ob die Sprengelpflicht fortgesetzt und wie die Schülerbeförderung finanziert werde. Für die Hauptschule im ländlichen Raum dürfe es keine starre Mindestschülerzahl geben, sodass im Einzelfall auch Klassen mit weniger als 15 Schülern möglich sein können.

Die Landrätinnen und Landräte waren sich einig, die Sachaufwandsträgerschaft für die Hauptschulen nicht einzufordern, sich aber einer evtl. Übertragung auf die Landkreise nicht zu verschließen. „Entscheiden muss das der Staat“, forderte Zellner. „Die Dialogforen werden zeigen, welcher Weg der richtige ist.“

Die bayerischen Landräte sehen auch einen dringenden Bedarf für die Ausweitung der **Jugendsozialarbeit** an Schulen bzw. an der vom Freistaat zu finanzierenden **Schulsozialarbeit**. Unabhängig von der rechtlichen Frage der Finanzverantwortung sollten zum Schuljahresbeginn 2010/2011 bayernweit mindestens 1.000 Stellen zur Verfügung stehen und die staatliche Förderung angehoben werden.

Da die **UN-Behindertenrechtskonvention** bereits am 26. März 2009 in Kraft getreten ist, forderten die bayerischen Landräte baldige und konkrete Informationen durch das Kultusministerium zur Ausbauplanung.

Tourismus In den Landkreisen

„Tourismus ist ein wichtiger Wirtschaftsfaktor und wird nicht umsonst in einem Atemzug mit der Biotechnologie, dem IT-Sektor und der Gesundheitsvorsorge als Wachstumslokomotive bezeichnet“, unterstrich Landrat Theo Zellner die **volkswirtschaftliche Bedeutung** des Tourismus für die Landkreise und insbesondere für den ländlichen Raum. Der Tourismus biete nicht nur **standortgebundene Arbeits- und Ausbildungsplätze**, sondern stärke auch den Bekanntheitsgrad der Region und sei so ihre Visitenkarte in der Welt. Dies zeige zum Beispiel das Schloss Neuschwanstein, das nicht nur das Wahrzeichen des

Landkreises Ostallgäu, sondern Bayerns, wenn nicht sogar ganz Deutschlands sei.

Vielerorts gewinne der Tourismus an wirtschaftlicher Bedeutung. Gleichzeitig geriete die freiwillige Aufgabe der Tourismusförderung aufgrund der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise, die bei den Landkreisen im kommenden Jahr mit wegbrechenden kommunalen Steuereinnahmen und sinkenden Finanzzuweisungen auf die Kreishaushalte durchschlagend werde, immer mehr unter Druck. Darüber hinaus befinde sich die Tourismusbranche in einem **hochdynamischen nationalen und**



Professor Dr. Mathias Feige vom Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr e. V. erläutert praxisnahe und nachvollziehbare Beispiele für ein regionales Tourismusmanagement.

Internationalen Wettbewerb: „Will man darin bestehen, muss die touristische Angebotspalette ständig überprüft, den neuen Anforderungen angepasst und mit Blick auf die Zukunft weiterentwickelt werden“, mahnte Zellner.

Die bayerischen Landräte hielten daher bessere Wettbewerbsbedingungen für die Tourismuswirtschaft für notwendig. Hierzu gehörten die Lösung des Umsatzsteuerproblems für Hotellerie und Gaststätten, eine anbieterfreundlichere Ausgestaltung der Rundfunkgebührenpflicht und die Verlängerung des Sommerferienkorridors. Zu denken sei aber auch an die Optimierung der amtlichen Statistik sowie an Verbesserungen im touristischen Aus- und Weiterbildungsangebot.

Im Anschluss stellte Prof. Dr. **Mathias Feige** vom Deutschen Wirtschaftswissenschaftlichen Institut für Fremdenverkehr e. V. **praxisnahe Beispiele** und Erfolg versprechende Strukturen im regionalen Tourismusmanagement und -marketing vor. Der Referent ist derzeit dabei, gemeinsam mit dem Deutschen Landkreistag einen Leitfaden für Tourismusförderung der Landkreise zu entwickeln.

Die wichtigsten Forderungen an Bund und Land

Als Hauptanliegen der bayerischen Landräte nannte der Präsident des Bayerischen Landkreistags, Landrat **Theo**



Das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Deutschen Landkreistags Prof. Dr. Hans-Günter Henneke erläutert die Forderungen der Landkreise an die neue Bundesregierung.

Zellner, ein für die Landkreise akzeptables Ergebnis beim **Finanzausgleich 2010**: „Zweifelloos stehen die Verhandlungen am 18. November 2009 aufgrund der Wirtschafts- und Finanzkrise unter schwierigen Vorzeichen. Zugleich darf man aber nicht vergessen, dass der Anteil der kommunalen Investitionen etwa zwei Drittel der gesamten öffentlichen Investitionen beträgt. Die notwendigen Impulse durch antizyklisches Verhalten zugunsten der konjunkturellen Entwicklung gehen also von den Kommunen aus. Und nur eine günstige wirtschaftliche Entwicklung stärkt auch die Finanzkraft der Kommunen.“

Im Einzelnen forderte Zellner, dass beim allgemeinen Steuerverbund der Kommunalanteil weiter schrittweise angehoben und die **Schlüsselzuweisungen stabil** gehalten werden. Auf die Landkreise würden aufgrund des Alters der kreiseigenen Gebäude, insbesondere der Schulgebäude, und der gestiegenen energetischen Anforderungen im Rahmen der Umsetzung des Klimaschutzbündnisses – relativ hohe Sanierungskosten zukommen. Außerdem bringe der schrittweise Ausbau der Ganztagschulen einen erheblichen Investitionsbedarf mit sich. Eine deutliche Anhebung der **Fördermittel** nach Art. 10 FAG und eine Erhöhung der Fördersätze für energetische Sanierungen als Sonderprogramm



Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel und der gastgebende Landrat Johann Fleschhut unterhalten sich zur Tourismusförderung in den Landkreisen.

im Rahmen der **Generalsanierungen** sei daher unumgänglich.

In vielen ländlichen Gebieten stelle das Straßennetz die einzige Erschließung dar, sodass sich der Individual- und Massentransport, der Personen- und Güterverkehr ausschließlich auf der Straße abspiele und die Zunahme des Verkehrs zu einer höheren Belastung der Fahrbahnen führe. Zellner dazu: „Im Bereich des kommunalen Straßenbaus und -unterhalts gilt es, die kommunale Infrastruktur zu erhalten und Spielraum für zukunftsorientierte Investitionen zu schaffen. Die Einnahmen beim Kraftfahrzeugsteuerverbund sind daher vor allem für den Unterhalt, die Erneuerung und Verbesserung der vorhandenen Straßen zu verwenden.“

Sorge bereite Zellner das zunehmende **Auseinanderklaffen von Einnahmen und Ausgaben** der Kommunen, vor allem im sozialen Bereich. Diese seien nur begrenzt steuerbar und erforderten dringend staatliche Hilfe. Vor allem der Bund neige zu Aufgabenzuweisungen, ohne eine hinreichende finanzielle Grundlage dafür zu schaffen. Zellner: „Damit muss Schluss sein. Wünschenswertes darf Notwendiges nicht belasten oder gar verhindern.“

Allzu oft sei es vorgekommen, dass Bundesregierung und Bundestag die Kommunen mit Gesetzesvorhaben geradezu überfallen hätten, ohne dass sich die kommunale Seite rechtzeitig und vertieft hätte einbringen können. Schwierigkeiten bei der Umsetzung bis hin zur Vollzugsuntauglichkeit seien die Folge gewesen. „Was wir dringend brauchen ist auf Bundesebene die Einrichtung eines Gremiums, eines **„Kommunalspolitischen Ausschusses“**, zur Begleitung aller Gesetzgebungsverfahren, die kommunale Belange berühren“, forderte Zellner. Dies sei auch von der Bundesvereinigung der Kommunalen Spitzenverbände unter seiner Mitwirkung jüngst so beschlossen worden.

Notwendig sei auch eine **Neuordnung der Zuständigkeiten in der Sozialhilfe**: „Der Bayerische Landkreistag hat sich in einem großen internen Kraftakt im Jahr

2006 entschieden, eine Übertragung der ambulanten Eingliederungshilfe auf die Bezirke hinzunehmen, wenn im Gegenzug die Zuständigkeit für die stationäre Hilfe zur Pflege von den Bezirken auf die Landkreise und die kreisfreien Städte verlagert wird“, so Zellner. Seit 1. Januar 2008 gebe es eine Neuregelung zur Eingliederungshilfe, bei der Hilfe zur Pflege höre man seither nichts. Zellner unzufrieden: „Zugegeben, die vier kommunalen Spitzenverbände waren sich nicht einig. Aber entscheiden müssen Staatsregierung und Gesetzgeber, und das sollten sie unverzüglich tun.“

Zu **Hartz IV** mahnte Zellner die Bundesregierung, schleunigst eine verfassungskonforme Auszahlung des Arbeitslosengeldes für erwerbsfähige Langzeitarbeitslose zu sichern. Vorstellbar sei eine Grundgesetzänderung, die sowohl eine gemeinsame Aufgabenwahrnehmung von kommunalen Trägern und Bundesagentur für Arbeit ermögliche, zugleich aber auch eine Erfüllung aller Aufgaben durch optierende Kommunen. Deren Anzahl dürfe aber nicht beschränkt bleiben. Käme es zu keiner Änderung des Grundgesetzes, sei zumindest einfachgesetzlich anzustreben, dauerhaft allen Kommunen eine Optionsmöglichkeit zu eröffnen. „Eine Leistungserbringung aus einer Hand war und bleibt das Ziel der leider missglückten Hartz IV-Reform“, so Zellner, der zugleich den FDP-Vorschlag als falschen Weg bezeichnete, Sozialleistungen einschließlich des Arbeitslosengeldes II durch ein pauschaliertes sogenanntes Bürgergeld der Finanzämter zu ersetzen.

Noch ein Problem bei **Hartz IV** dürfe auf keinen Fall unter den Tisch fallen: Die **Bundesbeteiligung** an den Kosten für Unterkunft und Heizung müsse sich künftig an den tatsächlichen Kosten orientieren und dürfe nicht weiter nach der Zahl der Bedarfsgemeinschaften bemessen werden. „Dieser **Strukturfehler** muss endlich bereinigt werden, denn selbst dann, wenn die Bedarfsgemeinschaften zurückgegangen sind, sind die laufenden Kosten in der Summe gestiegen und die Zeche bezahlen die Kommunen“, empörte sich Zellner.

Schließlich forderte Zellner erneut **gleichwertige Lebensverhältnisse im ländlichen Raum**, insbesondere auch bei der Gesundheitsversorgung. „Hier droht der medizinische Notstand, wenn es nicht gelingt, die niedergelassenen Ärzte und die Krankenhauslandschaft als Grundversorgung zu erhalten. Die ambulante und stationäre Hilfe sind noch besser zu verknüpfen“, so Zellner.

Zustimmung fand Zellner auch beim Hauptgeschäftsführer des Deutschen Landkreistags, Prof. Dr. **Hans-Günter Henneke**, der anschließend referierte. Er stellte den vom Präsidium der deutschen Landkreise beschlossenen Forderungskatalog an die neue Bundesregierung und den neuen Bundestag vor. Zellner gehört diesem Gremium als Vizepräsident des Deutschen Landkreistags an.

An der Tagung nahmen fast alle 71 bayerischen Landräte und einige Kreisräte teil. Sie findet jährlich statt.



Zogen eine positive Bilanz unter die Landrätetagung 2009 im Landkreis Ostallgäu (v.l.n.r): der gastgebende Landrat Johann Fieschhut, Ostallgäu, Landrat und Präsident Theo Zellner, Cham, daneben das Geschäftsführende Präsidialmitglied Johannes Reile

Kommunaler Finanzausgleich 2010

Forderungen der kommunalen Spitzenverbände

Die vier kommunalen Spitzenverbände in Bayern haben an der bisherigen Übung festgehalten, dem Bayerischen Staatsminister der Finanzen in einem gemeinsamen Schreiben die finanzielle Gesamtlage der Kommunen darzustellen und ihre Forderungen zum Finanzausgleich 2010 zu stellen. In den Mittelpunkt der kommunalen Anliegen wird die Erhöhung des Verbundsatzes beim allgemeinen Steuerverbund, stabile Schlüsselzuweisungen, stabile Investitionsfördermittel im Hochbau, bei der Krankenhausförderung und im kommunalen Straßenbau sowie eine höhere staatliche Erstattungsquote bei der Schülerbeförderung gestellt. Das gemeinsame Schreiben vom 12. Oktober 2009, das vom Vorsitzenden des Bayerischen Städtetags, Oberbürgermeister Hans Schaldinger, Regensburg, dem Präsidenten des Bayerischen Gemeindetags, Erster Bürgermeister Dr. Uwe Brandl, Abensberg, dem Präsidenten des Bayerischen Landkreistags, Landrat Theo Zellner, Cham, und dem Präsidenten des Verbands der bayerischen Bezirke, Bezirksstagspräsident Manfred Hölzlein, unterzeichnet wurde, hat folgenden Wortlaut:

„Sehr geehrter Herr Staatsminister, wir, die kommunalen Spitzenverbände in Bayern, wollen auch oder gerade in der aktuell schwierigen Zeit der weltweiten Finanz- und Wirtschaftskrise die Tradition fortsetzen, unsere Vorstellungen zum kommunalen Finanzausgleich für das kommende Jahr rechtzeitig vor den anstehenden Verhandlungen schriftlich vorzutragen. Im Gegenzug bitten wir darum, auch wenn der sog. Prozedurale Rechtsschutz noch nicht in das Finanzausgleichsgesetz aufgenommen ist, dass Sie uns das nötige Datenmaterial, insbesondere das Ergebnis der Steuerverbünde baldmöglichst in elektronischer und in Schriftform zukommen lassen.

Die Finanzen der bayerischen Kommunen sind nach einer Phase der Erholung

in den letzten Jahren inzwischen in den Sog der Wirtschaftskrise geraten. Seit Ende 2008 verzeichnen die Gemeinden, Märkte und Städte rapide sinkende Steuereinnahmen. Allein im ersten Halbjahr 2009 haben die Gewerbesteuerzahler rund 600 Mio. € weniger als im gleichen Vorjahreszeitraum an die kommunalen Kassen überwiesen. Das ist ein Minus von 16,9 %, deutlich mehr als von den Steuerschätzern prognostiziert. Zudem bricht nunmehr auch die zu Beginn des Jahres noch stabile Einkommensteuerbeteiligung mit im Jahresverlauf steigender Tendenz ein, bedingt auch durch Zunahme der Arbeitslosenzahlen. Die beiden wichtigsten Steuerquellen der Gemeinden mit einem Anteil von rund 85 % der gesamten Gemeindesteuern erleiden damit herbe Verluste. Die finanzielle Basis der Kommunen gerät in der Folge ins Wanken, zumal gleichzeitig deren Ausgabenverpflichtungen rasant ansteigen. In erster Linie sind hier die Sozialleistungen zu nennen, die besonders wegen der wirtschaftlichen Krisenlage überproportional steigen.

Uns ist bewusst, dass der Freistaat Bayern von der genannten Finanzentwicklung ebenfalls nicht verschont bleibt. Wir sehen auch sein Engagement etwa bei der Rettung der Bayerischen Landesbank. Deshalb wollen wir uns auf wenige Kernpunkte beschränken und dabei die finanziellen Möglichkeiten des Freistaats Bayern angemessen gewichten.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, zentrales Anliegen ist es für uns, die Handlungsfähigkeit der Kommunen in laufenden Angelegenheiten zu erhalten. Die kommunale Investitionstätigkeit wurde durch die Mittel aus dem Konjunkturpaket II und die Anhebung der Investitionsförderung im Finanzausgleich 2009 nachhaltig gestärkt. Das war und ist weiterhin sinnvoll, auch im Sinne anti-zyklischen Verhaltens. Die schwierige Haushaltslage ist aber nur zu schultern, wenn in 2010 die weiter sinkenden Steuereinnahmen durch Finanzausgleichs-

mittel zum Ausgleich der Verwaltungshaushalte ersetzt werden. Ausgehend vom Finanzausgleichstableau des Jahres 2009, dessen Niveau fortentwickelt werden soll, fordern wir im Einzelnen:

1. Kommunalanteil am allgemeinen Steuerverbund, Schlüsselzuweisungen

Der in den vergangenen Jahren stufenweise beschrittene Weg zu einer kommunalen Verbundquote von 15 % muss konsequent fortgesetzt werden und spätestens 2011 zu einer spürbaren Anhebung des Kommunalanteils führen, wenn ein neuer Doppelhaushalt ansteht. In 2011 wird sich die Situation der Kreis- und Bezirksumlagen deutlich verschärfen, wenn die auf der Basis der sinkenden Gemeindesteuern 2009 errechnete Umlagekraft zurückgeht. Schon im Vorfeld gilt es, rechtzeitig Vorsorge zu treffen durch eine Stärkung der Schlüsselzuweisungen deutlich über dem Niveau des laufenden Jahres.

2. Kraftfahrzeugsteuerverbund

In Anbetracht der Ertragshoheit des Bundes bei der Kraftfahrzeugsteuer seit 01.07.2009 sind wir damit einverstanden, dass im Finanzausgleich 2010 eine Übergangslösung gewählt wird, die für die Zeit 01.07. bis 30.09.2009 den Kommunalanteil aus dem vom Bund bereitgestellten Festbetrag ermittelt. Für 2011 erwarten wir eine Neuordnung der kommunalen Beteiligung, die sich an der einstigen Verbundquote von 65 % orientiert. Einen guten Schritt in diese Richtung gilt es bereits jetzt zu tun, insbesondere um Defizite beim Straßenunterhalt – Straßen sind das Rückgrat der Verkehrsinfrastruktur im ländlichen Raum – und beim ÖPNV auszugleichen.

3. Schülerbeförderung

Ein ganz zentrales Anliegen für 2010, für das wir bewusst manch andere Forde-

zung zurückstellen, ist die Anhebung der Erstattungsquote für die Schülerbeförderung auf 80 %. Die Schulreformen der vergangenen Jahre und die noch anstehenden Änderungen in der Schullandschaft verursachen einen derart hohen Anstieg der Beförderungskosten, dass die bisherige Erstattungsquote von 60 % nicht mehr hinnehmbar ist, zumal der Umfang der Beförderungspflicht staatlich vorgegeben wird. Wir erwarten ein klares Zeichen des Freistaates Bayern, dass seine Bildungspolitik nicht auf dem Rücken der Kommunalfinanzen ausgegtragen wird.

4. Zuweisung an die Bezirke nach Art. 15 FAG

Die Bezirke haben im Haushaltsjahr 2009 trotz der weiter merklich zunehmenden Leistungen in der Eingliederungshilfe, auch bedingt durch die Übernahme der ambulanten Eingliederungshilfe, bis auf einen Bezirk die Bezirksumlage nicht erhöhen müssen. Es steht jedoch jetzt

schon fest, dass diese moderate Hebesatzpolitik bei einigen Bezirken durch die knapp kalkulierten Haushaltsansätze zu nicht unerheblichen Defiziten im Einzelplan 04 führen wird.

Die Bezirke rechnen im kommenden Jahr 2010 mit einem weiteren spürbaren Zuwachs ihrer Ausgaben als überörtliche Sozialhilfeträger. Vor allem aufgrund der von den Bezirken nicht beeinflussbaren steigenden Fallzahlen in der Eingliederungshilfe werden selbst bei vorsichtigster Schätzung die Nettoausgaben in der Sozialhilfe um rd. 140 Mio. Euro ansteigen. Die Fallzahlen nehmen aufgrund der Langzeitversorgung Behinderter zu; insbesondere weil die Hilfeempfänger auf soziale Hilfe für einen längeren Zeitraum angewiesen sind aufgrund der fortschreitenden medizinischen Entwicklung. Außerdem können die Bezirke einen Großteil der Kostenfaktoren der Leistungen nicht beeinflussen, z. B. wegen Personalkostensteigerungen. Dieser dramatischen und konjunkturun-

abhängigen Entwicklung im Ausgabenbereich steht landesweit eine äußerst geringe Umlagekraftsteigerung von 1,77 Prozent (rd. 37 Mio. Euro) gegenüber. Trotz der den Bezirken bekannten Tatsache, dass der Finanzausgleich für 2010 im Rahmen eines Nachtragshaushalts zu behandeln ist, bitten wir um zusätzliche staatliche Unterstützung, um aufgrund der zu erwartenden, aber nicht beeinflussbaren Entwicklung notwendige Hebesatzsteigerungen der Bezirksumlage im Interesse der Umlagezahler weitgehend zu minimieren.

Sehr geehrter Herr Staatsminister, die vorstehende Konzentration unserer Forderungen auf vier Schwerpunkte zum Finanzausgleich 2010 soll ein Zeichen dafür sein, dass wir alle gemeinsam, einschließlich Freistaat Bayern, die schwierigen Herausforderungen der Finanz- und Wirtschaftskrise einvernehmlich lösen wollen. Wir hoffen auf die Bereitschaft des Freistaates Bayern, seine finanziellen Möglichkeiten dazu auszuschöpfen."

Oberfränkische Landräte fordern angemessene Finanzausstattung für die Kommunen



Nahmen an der Tagung teil (v.l.n.r.):

Präsident der Fachhochschule Reinhard Brey, Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner, Hof, Landrat Bernd Hering, Hof, Landrat Hermann Hübner, Bayreuth, Landrat Michael Busch, Coburg, Landrat Klaus Peter Söllner, Kulmbach, Vorsitzender des Bezirksverbandes Landrat Reinhard Leutner, Lichtenfels, Landrat Oswald Marr, Kronach, Geschäftsführendes Präsidialmitglied des Bayer. Landkreistags Johannes Reile, Landrat Reinhardt Glauber, Forchheim, Landrat Dr. Günther Denzler, Bamberg, und Landrat Dr. Karl Döhler, Wunsiedel.

Die oberfränkischen Landräte haben bei der Sitzung des Bezirksverbandes Oberfranken des Bayerischen Landkreistags am 25.11.2009 mit einer Resolution an den Bayerischen Finanzminister eine adäquate Finanzausstattung der Kommunen gefordert. Dabei sprachen sich alle oberfränkischen Landräte unter Vorsitz des Lichtenfelder Landrats Reinhard Leutner dafür aus, die Finanzausgleichsmittel, insbesondere die Finanzmasse für die Schlüsselzuweisungen, im notwendigen Umfang zu erhöhen und den bayerischen Belastungsausgleich zu Hartz IV mindestens im gleichen Umfang über 2010 hinaus fortzuführen. Dabei fordern die Landkreise, das verfassungsmäßig verankerte Selbstverwaltungsrecht der Kommunen durch eine auskömmliche Finanzausstattung sicherzustellen. Weiterhin wird der Freistaat Bayern aufgefordert, keine neuen (freiwilligen) Sozi-

alleistungen, die eine Co-Finanzierung der Kommunen voraussetzen, zu beschließen, während gleichzeitig der Sparkurs fortgesetzt und die Ausgleichstöpfe für den Finanzausgleich reduziert werden.

An der Tagung nahmen auch Regierungspräsident Wilhelm Wenning, der Hofer Oberbürgermeister Dr. Harald Fichtner und das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags Johannes Reile teil.

Neben den Finanzproblemen der Kommunen standen die Neuorganisation des SGB II und die Genehmigung von großflächigen Außenfotovoltaikanlagen sowie die Umsetzung der EU-Dienstleistungsrichtlinie auf der Tagesordnung. Einen breiten Raum nahmen auch die Reformen im Schulbereich mit der geplanten Einführung der Mittelschule und den Schulverbänden ein.

Schließlich war auch die angemessene Ausstattung der Landratsämter mit

staatlichem Verwaltungspersonal ein Thema. Die oberfränkischen Landräte haben sich massiv über Stelleneinsparungen beklagt, die zwangsläufig zu erheblichen Verschlechterungen beim Kundenservice führen, und forderten eine bessere personelle Ausstattung mit Staatspersonal an den Landratsämtern. Auch wurde in der Sitzung die alte Forderung wiederholt, das staatliche Personal der Landratsämter in die Personalhoheit der Landkreise zu geben.

Erfolgreiche Lösungen brauchen starke Kommunen - Mit kommunalen Wirtschaftsförderern aus der Krise

Die kommunalen Spitzenverbände und der Deutsche Verband der Wirtschaftsförderungs- und Entwicklungsgesellschaften (DVWE) zogen ein positives Fazit des gemeinsam veranstalteten Forums deutscher Wirtschaftsförderer (FdW). Unter der Fragestellung „Wirtschaftsförderung in schwierigen Zeiten – Wer hat die Konzepte?“ trafen sich dort über 300 kommunale Wirtschaftsförderer zum Erfahrungsaustausch.

Während des Kongresses wurde deutlich, dass kommunaler Wirtschaftsförderung gerade in Zeiten konjunktureller Eintrübung ein besonderer Stellenwert bei der Stärkung der wirtschaftlichen Kräfte in Städten, Landkreisen und Gemeinden zukommt. Nur mit starken Kommunen könne der Weg aus der Krise erfolgreich beschritten werden, machten Vertreter des Deutschen Städtetages, des Deutschen Landkreistages und

des Deutschen Städte- und Gemeindebundes übereinstimmend deutlich.

Darüber hinaus waren sich die Referenten aus Wissenschaft und Politik einig, dass es zum gegenwärtigen Zeitpunkt verstärkt darum gehe, die Folgen der Wirtschaftskrise für die Arbeitnehmer abzufedern und gleichzeitig die schwierige konjunkturelle Lage als Chance für Innovationen am Wirtschaftsstandort zu nutzen.

Im Rahmen des Kongresses wurden innovative Produkte und Maßnahmen mit Vorbildcharakter vorgestellt. Strategien zur Sicherung von Unternehmen sind zum Beispiel Investitionen in Forschung und Entwicklung, Bildung von Netzwerken, attraktive Produkte und Technologien oder außergewöhnliche Serviceangebote.

Auch viele kommunale Projekte mit Vorbildcharakter für die Wirtschafts-

förderer wurden präsentiert. Die Bandbreite reichte hier von Beispielen zur Netzworlbildung, Branchenentwicklung über die Internationalisierung von kleinen und mittleren Unternehmen bis hin zur Finanzierungsberatung. Zudem sind Innovation und Changemanagement auch für Wirtschaftsförderungseinrichtungen elementar. Darüber hinaus wurden verbesserte Serviceangebote der Verwaltungen – so zum Beispiel im Rahmen des durch die Dienstleistungsrichtlinie erforderlichen „Einheitlichen Ansprechpartners“ – vorgestellt. (In Bayern ist die endgültige Entscheidung über den „Einheitlichen“ Ansprechpartner – im Gegensatz zu allen anderen Bundesländern – noch nicht gefallen.)

Generell sei der Dialog von Unternehmen und Verwaltungen vor Ort und bundesweit ein Beitrag zur modernen Verwaltung (good governance).

Bayerische Landräte fordern schlankere Verwaltungsstrukturen

Bürgernahe Entscheidungen aus einer Hand, Abbau unnötiger Bürokratie und schnellere Verwaltungsabläufe sowie eine deutliche Reduzierung der Ausgaben für die öffentliche Verwaltung, das erwarten sich die bayerischen Landräte von einer schlank-

keren Struktur der Staatsverwaltung. Bei einer Tagung des Ausschusses für Wirtschafts- und Verkehrsfragen des Bayerischen Landkreistags in Lindau unter Vorsitz des Regensburger Landrats Herbert Mirbeth informierten sich die Landräte bei ihrem baden-

württembergischen Kollegen Lothar Wölfl, Bodenseekreis, über die erfolgreiche Verwaltungsreform in Baden-Württemberg.

Elmar Stegmann, der vor seiner Wahl zum Lindauer Landrat sechs Jahre als

Oberbürgermeister in Baden-Württemberg tätig war, hatte die bayerischen Kollegen ganz bewusst an den Bodensee geladen, um an der Landesgrenze einen Informationsaustausch aus erster Hand über die Vorgeschichte, die Eckpunkte und die Erfahrungen mit der Verwaltungsreform im Nachbarland zu ermöglichen.

Landrat Lothar Wölfle bezeichnete die Verwaltungsreform in Baden-Württemberg als „Erfolgsmodell“. Die Bürger profitierten durch diese Reform von kürzeren Wegen und von einfacheren, schnelleren und transparenteren Verwaltungsverfahren. Durch eine Bündelung der Zuständigkeiten in den Landratsämtern gebe es seither nur noch eine Anlaufstelle für die Bürger in Verwaltungsverfahren, anstatt der

früheren Zersplitterung in viele einzelne Behörden wie beispielsweise Wasserwirtschaftsämter, Forstämter, Landwirtschaftsämter, Straßenausbauämter usw. Gleichzeitig sei es gelungen, die Ausgaben für die Öffentliche Verwaltung deutlich zu reduzieren. Bis zum Jahr 2011 sei vorgesehen, die Ausgaben für den Bereich der ehemaligen selbstständigen Staatsbehörden um 20 % zu verringern.

Nachdem sich auch die bayerischen Landkreise für eine modernere und schlankere Verwaltung einsetzen, solle man sich durchaus an den Erfahrungen in Baden-Württemberg orientieren, rät Landrat Herbert Mirbeth: „Die Kreisverwaltungsbehörden sind für einen orts- und bürgernahen Verwaltungsvollzug prädestiniert und haben dies in

der Vergangenheit auch immer wieder bewiesen.“

Für Aufgaben, die sich aufgrund der Landkreisgröße und der Personalausstattung nicht in jedem Landratsamt erfüllen lassen, gebe es in Baden-Württemberg laut Landrat Wölfle Kooperationen über die Landkreisgrenzen hinweg. Auch dieses Modell sei auf Bayern durchaus übertragbar, waren sich die Ausschussmitglieder einig.

Die Landräte setzen dabei auf den Bayerischen Ministerpräsidenten, der den Abbau von Bürokratie in Bayern zur Chefsache gemacht hat. „Nun wird sich zeigen, ob in Bayern der Mut, die Bereitschaft und der Wille zur Reform im Interesse der Bürger bestehen“, so die Mitglieder des Ausschusses.

Positionsbestimmung des Deutschen Landkreistags zur Nationalen E-Government-Strategie

Das Präsidium des Deutschen Landkreistags hat eine **Positionsbestimmung zur Nationalen E-Government-Strategie** beschlossen. Diese enthält zunächst ein **Bekenntnis der Landkreise zum E-Government und stellt anschließend die Bedeutung der Landkreise für die flächenhafte Verbreitung von E-Government in Deutschland dar. Die Landkreise sprechen sich danach für eine Orientierung an den verschiedenen Nutzergruppen – Bürger, Wirtschaft, Verwaltung – aus. Insbesondere wirtschafts- und verwaltungsbezogene Anwendungen sollen verstärkt auszubauen. In den Kapiteln zur „Interoperabilität und Standardisierung“ sowie „Vernetzung statt Zentralisierung“ werden maßgebliche strukturelle Positionsbestimmungen für das Verständnis von E-Government aus Landkreissicht vorgenommen. Im Bereich der „Umsetzung“ werden Erfolgsfaktoren und Hemmnisse benannt sowie schließlich auf aus Kreissicht wichtige Projekte hingewiesen, die der IT-Planungsrat zukünftig begleiten soll.**

Nach der Föderalismusreform II wird in Art. 91c GG erstmals verfassungsrechtlich abgesichert eine Bund-Länderübergreifende Zusammenarbeit im IT-Bereich vorgesehen. Bayern wird darin vom IT-Beauftragten der Bayerischen Staatsregierung für Informations- und Kommunikationstechnik („CIO“ = Chief Information Officer) Staatssekretär Franz Josef Pschierer, Bayerisches Staatsministerium der Finanzen, vertreten sein. Da die Umsetzung der Beschlüsse des IT-Planungsrates sich auch an den kommunalen Bereich richten, sind als beratende Mitglieder neben dem Bundesbeauftragten für Datenschutz und Informationsfreiheit deshalb auch die kommunalen Spitzenverbände auf Bundesebene vertreten.

Um nach der **Etablierung eines IT-Planungsrates** zum April 2010 handlungsfähig zu sein, findet derzeit ein Diskussionsprozess für eine Nationale E-Government-Strategie statt. In die Arbeiten sind u. a. Länder, Kommunen sowie die interessierte Öffentlichkeit eingebunden. In diesem Prozess hat

nunmehr der **Deutsche Landkreistag** eine eigenständige **Positionsbestimmung** vorgenommen. Dem Beschluss des Präsidiums ist eine inhaltliche Diskussion im Innovationsring sowie im Verfassungs- und Europaausschuss vorangegangen.

Auf dieser Basis enthält die **Positionsbestimmung** zunächst ein klares **Bekenntnis der Kreise zum E-Government** i. S. einer Orientierung an den verschiedenen Nutzerinteressen – Bürger, Wirtschaft, Verwaltung. Es wird eine sichere, transparente und medienbruchfreie Abwicklung von Verwaltungsverfahren gefordert. Im Anschluss daran wird die maßgebliche Rolle der Landkreise bei der flächenhaften Verbreitung von E-Government in Deutschland unterstrichen. In den Kapiteln zur „Nutzerorientierung“, „Vernetzung statt Zentralisierung“, „Interoperabilität und Standardisierung“ werden maßgebliche **Einzelaspekte** aus kreislicher Sicht dargestellt. In einem zusätzlichen Kapitel zur „Umsetzung“ werden Erfolgsfaktoren und aktuelle Hemmnisse

bei der Förderung von E-Government beschrieben. So wird u. a. auf die fehlende Verbreitung der Digitalen Signatur hingewiesen. Schließlich werden in einem letzten Kapitel wichtige Projekte benannt, die aus Sicht des Deutschen Landkreistags in Zukunft durch den

IT-Planungsrat zu begleiten sind. Dies betrifft u. a. die von Deutschland-Online priorisierten Vorhaben, aber auch Software-Beschaffungen, wie das Projekt ALLEGRO für die Verarbeitung von Vorgängen im SGB II. Das Positionspapier des Deutschen

Landkreistags ist auf seiner Homepage (www.landkreistag.de) unter Veröffentlichungen/ Schriften des Deutschen Landkreistages Band 84 „Nationale E-Government-Strategie Positionsbestimmung des Deutschen Landkreistages“ einzusehen.

Perspektive für den Landkreis Miltenberg

Basis für wirtschaftliche erfolgreiche Zukunft gelegt

100 Teilnehmer des Symposiums „Zukunftsperspektiven für den Landkreis Miltenberg“ haben Ende Oktober an der Zukunft des Landkreises Miltenberg mitgearbeitet. Ziel der vom Landkreis Miltenberg organisierten Veranstaltung war es, Handlungsvorschläge zu erstellen, mit denen der Wirtschaftsstandort Landkreis Miltenberg nachhaltig gestärkt werden kann.

Landrat und Erster Vizepräsident **Roland Schwing** hatte eingangs der Veranstaltung darauf hingewiesen, dass nicht zuletzt die Auswirkungen der gegenwärtigen Finanz- und Wirtschaftskrise verdeutlichten, dass alles getan werden müsse, damit der Landkreis Miltenberg **wettbewerbsfähig** bleibt. Mit dem Symposium sollten die Teilnehmer ein Bewusstsein für die Stärken und

Schwächen der Region entwickeln und die Chancen und Risiken in der Zukunft erkennen. Schwing rief die Teilnehmer auf, nach vorne zu schauen und gemeinsam konkrete Handlungsvorschläge für die nächsten Jahren zu erarbeiten. Die sich verändernde Welt und der damit einhergehende Wandel seien Chancen für all diejenigen, die dies als Herausforderung begreifen – und nicht als Gefahr. Kleinteiliger Lokalpatriotismus helfe nicht weiter, meinte Schwing, vielmehr gelte es, alle Kräfte auf regionaler Ebene zu bündeln.

Danach lag es zunächst an Professor **Dr. Erich Ruppert, Entwicklungstrends in der wirtschaftlichen Struktur**, in der demografischen Entwicklung und der Bildung im Landkreis Miltenberg aufzuzeigen. Der an der Hochschule Aschaf-

fenburg lehrende Wirtschaftswissenschaftler legte anhand umfangreichen Zahlenmaterials dar, dass der Landkreis Miltenberg im überregionalen Vergleich eine günstige Ausgangsposition erreicht habe. Hohe Produktivität, rasches Wachstum, gute Arbeitsplatzausstattung, geringe Arbeitslosigkeit – diese Faktoren träfen auf den Landkreis zu. Die aktuelle Krise, so Ruppert, treffe den Landkreis eher stark. Dies liege unter anderem an den Industrieschwerpunkten wie Maschinenbau, Elektro-, Mess- und Regeltechnik, die sehr vom Export und von der Automobilindustrie abhängen. Rupperts Fazit: „Die Chancen für eine Erholung nach der Krise sind gut.“

Dr. Rainer Behrend vom Behrend-Institut Frankfurt analysierte die **Stärken und Schwächen** des Landkreises Miltenberg, basierend auf einer Umfrage unter 15 Unternehmern der Region. Demzufolge zählt vor allem die Nähe des Landkreises zur **Metropolregion Frankfurt/Rhein-Main** zu den Stärken des Kreises. Diese Einschätzung nimmt Behrend zufolge ab, je kleiner die Unternehmen sind. Auch mit der Vielzahl innovativer, technologieorientierter und eigentümergeführter Firmen mit ihrer guten regionalen Vernetzung könne der Kreis punkten, ebenso mit der attraktiven Landschaft und dem im Rhein-Main-Vergleich günstigen Kostenniveau bei Gewerbeflächen, Immobilien, Löhnen und Lebenshaltungskosten. Als größte Schwäche hätten die befragten Unternehmer die **Verkehrs-Infrastruktur** in Teilen des Landkreises genannt – beispielsweise im Süden und im Spessart. Die **schlechte Breitband-**



Landrat und 1. Vizepräsident des Bayerischen Landkreistags **Roland Schwing, Miltenberg**, begrüßt die Teilnehmer zum Symposium „Zukunftsperspektiven für den Landkreis Miltenberg“. (Foto: Landratsamt)



versorgung in einzelnen Gemeinden wurde kritisiert, aber auch die interkommunale Zusammenarbeit könnte nach Meinung der Firmen besser sein. Letztgenannter Punkt ist Behrend zufolge aber wohl darauf zurückzuführen, dass positive Ansätze nicht genügend nach außen kommuniziert werden. Auch sei die Region insgesamt zu wenig bekannt, monierten die Unternehmer.

Nach den Vorträgen wurden die Teilnehmer auf drei Workshops „Entwicklungstendenzen in der Wirtschaftsstruktur“, „Verkehrswege und Breitbandinfrastruktur“ sowie „Berufliche Perspektiven durch Bildung“ aufgeteilt. Anschließend stellten die Vertreter der Arbeitsgruppen die Ergebnisse ihrer Diskussionen dem Plenum vor. So wurde unter anderem gefordert, die Vereinbarkeit von Familie und Beruf durch flexible Arbeitszeiten und **Betreuungsangebote** auch in

den Ferien sicherzustellen, Kinder und Migrantenkinder schon in den ersten drei Lebensjahren gezielt zu fördern, in der Schule für eine stärkere Berufsorientierung zu sorgen, die naturwissenschaftlichen Fächer stärker zu fördern, bestehende Flächen zu nutzen, bevor neue Flächen ausgewiesen werden, ein **professionelles Flächen- und Gebäudemangement** in Betracht zu ziehen, nicht nur die B 469 bis Kleinheubach/Amorbach mehrspurig auszubauen, sondern auch die Verkehrswege in Richtung Stuttgart und Würzburg auszubauen, die Brücke im Südspessart zu realisieren, beim Bund auf den Ausbau eines für die Kommunen kostenfreien flächendeckenden **Glasfasernetzes** mit 50 Mbit zu drängen, Ansiedlungsbeauftragte beziehungsweise Scouts zu installieren, die Firmen in Verwaltungsverfahren helfen, Zukunftsbranchen anzusiedeln, mit der Region Rhein-Main verstärkt zusam-

menzuarbeiten, das Energieforum zu unterstützen, den Landkreis als Gesundheitsstandort zu vermarkten sowie Schulmedizin und alternative Medizin zu vernetzen. Immer wieder wurde auch darauf hingewiesen, dass die Zusammenarbeit der Gemeinden in vielen Bereichen wünschenswert sei.

An Landrat Roland Schwing lag es am Ende, allen Teilnehmern für ihren Einsatz zu danken. „Die Menschen im Landkreis haben es verdient, dass wir an einer guten Zukunft für sie arbeiten“, sagte er und kündigte an, dass der Diskussionsprozess noch lange nicht zu Ende sei. Manche Ideen würden in die Leitungsgruppe der Initiative Bayerischer Unterein gehen, andere würden in Klausurtagungen und anderen Gremien diskutiert, sagte der Landrat und machte klar, dass das Zukunftssymposium der Start eines großen Projektes gewesen sei.

Landkreis Cham vergibt Innovationspreis für Tourismuskarten im Internet

Der 31-Jährige Stefan Huber aus Lam ist der Gewinner des Innovationspreises „Beste Aussichten“, den der Landkreis Cham heuer zum zweiten Mal vergeben hat. Mit seiner Internet-Kartenlösung für den Tourismus, eContent.m@ps hat der junge Unternehmer die hochkarätig besetzte Jury überzeugt. Noch zu Beginn des Jahres hatte er diese auf der CEBIT in Hannover vorgestellt - als eine von 17 Firmen, die mit Microsoft zusammenarbeitet.

Die Freude war ihm ins Gesicht geschrieben, als ihm der Landrat des Landkreises Cham und Präsident des Bayerischen Landkreistags, Theo Zellner, die Skulptur des Innovationspreises überreichte. „Stefan Huber hat mit seiner neuartigen Internet-Kartenlösung nicht nur den Tourismus im Landkreis Cham hervorragend unterstützt, er hat mit seiner Software **eContent.M@ps** darüber hinaus überzeugt: Der gesamte bayerische Tourismus, ebenso wie Regionen

in Norddeutschland und Österreich setzen auf das Hightech-Produkt aus dem Landkreis Cham!“

So sorgt die Internet-Kartenlösung dafür, dass sich potenzielle Gäste schon vor dem Urlaub einen Eindruck über die Region verschaffen und sich Wanderwege, Sehenswürdigkeiten, Unterkünfte und dergleichen auf einer Landkarte darstellen lassen können. Bei diesem IT-Produkt werden leistungsfähige Datenbanken mit georeferenzierten Kartendaten verbunden. Die einheitlichen Inhalte auf den Karten kommen direkt von den verschiedenen Gastgebern oder Tourist-Informationen – die Vereinheitlichung der Informationen auf einer Karte trotz unterschiedlichster Systeme im Hintergrund kann somit als die besondere Stärke dieser Lösung bezeichnet werden.

Während der Innovationsgala in Bad Kötzing wurde der Innovationspreis vergeben. In seinem Festvortrag zeigte

Prof. Dr. Gerd Hirzinger vom Deutschen Zentrum für Luft- und Raumfahrt, welche Innovationen im Bereich der Mechatronik möglich sind und wie sie das Leben in Zukunft in vielen Bereichen beeinflussen werden.



Der Preisträger Stefan Huber zusammen mit Landrat Theo Zellner

Staatspreise für Sanierung alter Gebäude

Für die herausragende Sanierung denkmalgeschützter und ortsbildprägender Gebäude hat Landwirtschaftsminister Helmut Brunner Ende November 2009 18 bayerische Bauherren mit Preisen ausgezeichnet. Bei dem Festakt in der Münchner Residenz überreichte der Minister an zehn Projekte den mit 2.000 Euro dotierten Staatspreis „Dorferneuerung und Baukultur“, zwei Bauherren erhielten einen Sonderpreis in Höhe von je 1.500 Euro, sechs weitere eine

Anerkennung und je 500 Euro. „Mit viel Mut, außerordentlichem Engagement, Zeit und Geld haben Sie es geschafft, alte Gebäude mit neuem Leben zu erfüllen“, sagte der Minister in seiner Laudatio und: „Sie haben einen wertvollen Beitrag zum Erhalt der Baukultur in den Dörfern und zur Entwicklung der ländlichen Räume geleistet.“ Denn die Projekte fördern laut Brunner die Innenentwicklung der Dörfer, reduzieren den Flächenverbrauch, stärken die Wirt-

schaftskraft und helfen mit, Arbeitsplätze zu erhalten.

Die ausgezeichneten Baumaßnahmen waren von einer Fachjury aus insgesamt 2.700 Projekten ausgewählt worden, die in Bayern im Rahmen der Dorferneuerung jährlich durchgeführt und vom Freistaat mit knapp acht Millionen Euro bezuschusst werden. Eine ausführliche Dokumentation der Projekte gibt es unter www.landentwicklung.bayern.de.

Bayerns Wirtschaftsminister Zeil kündigt Bayerischen Energiepreis 2010 an

Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil kündigt den Bayerischen Energiepreis 2010 an: „Mit diesem Wettbewerb möchten wir neue, kreative Ideen für intelligente Energienutzung prämiieren und stärker in den Blickpunkt der Öffentlichkeit rücken. Innovative Energietechnologien sind nicht nur wichtig für den Klimaschutz, sondern schaffen auch Wettbewerbsvorteile für unser Land.“ Bereits jetzt sei Bayern die Heimat vieler Unternehmen mit international anerkannter Energietechnik.

Seit mehr als drei Jahrzehnten fördert der Freistaat neue Energietechnologien. Der Bayerische Energiepreis wurde erstmals 1999 verliehen. Im Rahmen des Wettbewerbs werden alle zwei Jahre ein Hauptpreis vergeben und zehn interessante Projekte ausgezeichnet. In den vergangenen Jahren sind dazu insgesamt über 600 Bewerbungen eingegangen. „Wir laden alle Interessierten ein, sich am Bayerischen Energiepreis 2010 zu beteiligen. Er ist mit insgesamt 25000 Euro Preisgeld dotiert“, so Zeil.

Das Bayerische Wirtschaftsministerium bereitet derzeit zusammen mit dem Bayerischen Energie-Forum die Ausschreibung für den Energiepreis 2010 vor, die im Dezember 2009 im Staatsanzeiger veröffentlicht wird. Über die Teilnahmebedingungen und das Verfahren können sich Interessenten bei Bayern Innovativ informieren unter Tel.-Nr. 0911/20671-154, E-Mail: energie@bayern-innovativ.de, Internet: www.bayerisches-energie-forum.de. Quelle: <http://www.stmwivt.bayern.de/presseinfo/pressearchiv/2009/10/pm466.html>

Breitbanderschließung im ländlichen Raum gemeinsam voranbringen

Regionalkonferenz zum Thema „Schnelles Internet für alle“ in Bayreuth

Das Bundesministerium für Wirtschaft und Technologie (BMWi), der Deutsche Industrie- und Handelskammertag (DIHK) sowie der Deutsche Landkreistag (DLT) und weitere Kooperationspartner aus Bayern haben in Bayreuth mit einer Regionalkonferenz zum Thema „Schnelles Internet für alle“ einen Auftakt für weitere Regionalveranstaltungen zum Thema Breitband gesetzt. Ziel dieser und weiterer Kon-

ferenzen ist es, mit Verantwortlichen aus Politik, Wirtschaft und Gesellschaft über die Situation der Breitbandversorgung im ländlichen Raum, Möglichkeiten des Breitbandausbaus und sich dabei stellenden Problemen zu diskutieren.

Der damalige Bundesminister für Wirtschaft und Technologie, Dr. Karl-Theodor zu Guttenberg, hat in Bayreuth die

Breitbandstrategie der Bundesregierung erläutert und die Fortschritte bei ihrer Umsetzung aufgezeigt. Ebenso wurden Best-Practice-Beispiele vorgestellt und die Einsatzmöglichkeiten der verschiedenen Techniken zur Versorgung mit Breitband diskutiert.

Bundesminister zu Guttenberg: „Mit der Breitbandstrategie haben wir einen mutigen Weg eingeschlagen. Für ihre

erfolgreiche Umsetzung ist eine verstärkte Aktivität auf allen Ebenen erforderlich. Insbesondere Wirtschaft und Kommunen sind bei der Erarbeitung konkreter Versorgungskonzepte gefragt. Ich würde mich freuen, wenn der heutige Tag dazu beiträgt, neue Ideen für eine Breitbandversorgung der bisherigen ‚weißen Flecken‘ zu entwickeln und zügig voranzutreiben.“

DHK-Hauptgeschäftsführer Martin Wansleben: „Ziel ist es, dafür zu sorgen,

dass nicht nur die Bürger im ländlichen Raum den Zugang zu immer hochwertigeren und vielfältigen Internetdiensten erhalten, sondern dadurch auch die Wettbewerbsfähigkeit der Unternehmen in diesen Regionen gestärkt wird.“

Der Präsident des Deutschen Landkreistages, Landrat Hans Jörg Duppré: „Um die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse zu garantieren und um dauerhaft eine ‚Digitale Spaltung‘ zwischen Stadt und Land zu vermeiden, müssen auch

im ländlichen Raum bedarfsgerecht Breitband-Anschlüsse mit zeitgemäßen Übertragungsraten zur Verfügung stehen. Die Landkreise bekennen sich dazu, gemeinsam mit den Gemeinden aktiv zu werden, um eine Versorgung ihrer Bürger und Unternehmen sicherzustellen, wenn eine Erschließung durch den Markt nicht erfolgt. Es gehört zu den Aufgaben der Kreise, hier ihre Verantwortung für die gleichmäßige Versorgung im Kreisgebiet für Bürger und Wirtschaft wahrzunehmen.“

Die Erfolgsgeschichte „Sonnentage“ weiterschreiben – Leuchtturmprojekt für erneuerbare Energien

Neben zukunftssträchtigen Heizungs-technologien, der Stromerzeugung durch Photovoltaikanlagen und der Warmwasserbereitung durch Sonnenkollektoren, Biomasse-Anlagen, Blockheizkraftwerken und Wärmepumpen boten die 12. Lichtenfelser Sonnentage jede Menge Informationen zu den e³-Themen „Energie einsparen, effizient nutzen sowie erneuerbar erzeugen“.

„Globaler Klimaschutz besteht aus der Summe zahlreicher regionaler Beiträge“

Landrat Reinhard Leutner eröffnete diese Verbrauchermesse mit dem Hinweis, dass trotz Wirtschaftskrise die Eindämmung des Klimawandels höchste Priorität haben müsse.

Großer Wert solle dabei deshalb auf Energieeinsparung und -effizienzsteigerung sowie die Verwendung erneuerbarer Energieträger gelegt werden.

„Am besten motiviert man andere dadurch, dass man selbst ein gutes Beispiel gibt“, so Landrat Leutner bei seiner Eröffnungsrede. Der Landkreis Lichtenfels hat insoweit bereits mehrfach Zeichen gesetzt. „Wir haben an unserer Berufsschule in eine Holzpelletsheizung investiert, außerdem befinden sich auf den Dächern unseres Meranier-Gymnasiums und der Viktor-von-Scheffel-Realschule Bad Staffelstein Photovoltaikanlagen. Im Meranier-Gymnasium haben wir außerdem ein Blockheizkraftwerk



Die Sonne hielt Wort – Landrat Reinhard Leutner eröffnete auch die 12. Lichtenfelser Sonnentage bei Sonnenschein.

installiert. Im Herbst dieses Jahres wird der Spatenstich gesetzt für eine Hack-schnitzelanlage, die das Landratsamt, die Staatliche Berufsschule für Flechtwerkgestaltung, das Polizeigebäude und das Meranier-Gymnasium beheizen soll“, erläuterte Leutner die Anstrengungen des Landkreises.

Regierungsdirektor Ralph Pültz betonte in Vertretung des oberfränkischen Regierungspräsidenten den Stellenwert der

Lichtenfelser Sonnentage „als Leuchtturmprojekt, das weit über Oberfranken hinaus strahle“. Seit 1998 wird in Lichtenfels Herausragendes auf dem Gebiet der Energieeinsparung und Nutzung regenerativer Energien geleistet.

25 Fußballfelder

In den vergangenen Jahren wurde die Nutzung der Solarenergie im Landkreis

verstärkt ausgebaut. So gab es bis Ende 2008 rund 590 (2007: 475) aktive Photovoltaikanlagen mit mehr als 10.626 (2007: 8.577) kW_{peak} Höchstleistung. Im Jahr 2000 waren erst 29 Anlagen mit 93 kW_{peak} in Betrieb. Damit ist rein rechnerisch eine Fläche von 25 Fußballfeldern mit Solarzellen bedeckt.

Energie-Förderpreis mit Qualitätssprung

Zum fünften Mal wurde der Energie-Förderpreis vergeben. Dieses Mal beteilig-

ten sich 11 Gruppen und Klassen. Dank gilt der IBC Solar AG als Hauptsponsor und der Sparkasse Coburg-Lichtenfels, die ein Preisgeld in Höhe von 7.000 Euro zur Verfügung stellten. Die Schülerideen reichten von Mode bis hin zur solarbetriebenen Vogelscheuche.

„Lass die Sonne in dein Haus“

„Lass die Sonne in dein Haus“ war das Motto des Aktionstages, bei dem landkreisweit 19, und damit fünf Einrichtungen und Privatleute mehr als im

vergangenen Jahr, ihre Türen öffneten. Durch die Aktion sollten erneuerbare Energien vor Ort erlebbar gemacht und ihre Funktion sowie ihr Nutzen durch anschauliche Beispiele vermittelt werden. Ihnen zollte Landrat Reinhard Leutner seinen besonderen Dank. „Deshalb Hut ab vor diesen Vorreitern, die z. T. bereits vor mehreren Jahren umweltfreundliche Anlagen errichtet haben und nun ihre Energiesparkompetenz an die Bevölkerung weitergeben“, lobte er das Engagement der heimischen Bevölkerung.

Energieförderpreis des Landkreises Lichtenfels 2009

e³: Energie einsparen – Energie effektiv nutzen – Energie erneuerbar erzeugen

Bereits zum 5. Mal hatte der Landkreis Lichtenfels 2009 einen Energieförderpreis ausgelobt. Dazu wurden erstaunlich kreative und detaillierte Arbeiten abgegeben. Als beste Arbeiten wurden von Landrat Reinhard Leutner die Wettbewerbsbeiträge der Hauptschule Altenkunstadt und der Jugendgruppe „Turmfalken“ aus Döringstadt ausgezeichnet.

Der Energie-Förderpreis ist mittlerweile eine feste Einrichtung im Rahmen der Lichtenfelser Sonnentage. Er wendet sich an Kinder und Jugendliche aus dem Landkreis, ob als Einzelne oder in Gruppen, und fordert zu einer aktiven Auseinandersetzung mit dem Thema Energie auf. Energie einsparen – Energie effektiv nutzen – Energie erneuerbar erzeugen – diese drei E's stecken den Rahmen ab, aus dem sich die Wettbewerbsteilnehmer ein Projekt auswählen können. Die 11 Arbeiten, die für den Wettbewerb 2009 eingereicht wurden, beweisen die große Kreativität, mit der die Kinder und Jugendlichen an das Thema herangehen.

Etwas Besonderes hatte sich die Kunstgruppe der 9. Klassen der Hauptschule

Altenkunstadt einfallen lassen: In einer fächerübergreifenden Projektarbeit widmete sie sich der „umweltbewussten Mode“. Nach eher theoretischen Überlegungen zur Frage, wo unsere Kleidung herkommt und unter welchen Bedingungen sie produziert wird, entwarf die Kunstgruppe eigene Kleidungsstücke und Modeaccessoires, die sie abschließend bei einer Modenschau in ihrer Schule vorstellten. Der Jury des Energieförderpreises wurden diese Arbeiten in Form einer Text- und Bilddokumentation zur Bewertung vorgelegt. Dabei war die Jury besonders fasziniert von der schlüssigen und witzigen Konzeption der Arbeit. Das eigens kreierte Modetextil „Green fashion“ definiert dabei die Bedingungen, unter denen nach Meinung der Altenkunstadter Schüler die umweltbewusste Mode hergestellt werden sollte. Für dieses rundum gelungene und intensive Projekt erhielt die Kunstgruppe aus den Händen von Landrat Leutner den Preis über 1.000 €.

Mit demselben Preisgeld wurde die Arbeit der Döringstadter Jugendgruppe des Gartenbauvereins bedacht. Im Zentrum ihrer Arbeit stand die ehemalige Schule in Döringstadt, die derzeit als

Jugendbegegnungsstätte genutzt wird. Als nüchterner Schulbau der 60er Jahre wurde das Gebäude von der Jugendgruppe allerdings als unattraktiv und hinsichtlich der Energieeffizienz als unakzeptabel bewertet. Die Jugendlichen kamen deshalb zum Schluss, dass ein Neubau nach energetischen und baubiologischen Gesichtspunkten gegenüber einer Sanierung die bessere Alternative wäre. Wie so ein Neubau aussehen könnte, zeigten sie im Modell und in Planskizzen. In wochenlanger Arbeit hatte sich die Jugendgruppe mit dem Modellbau und z. B. mit dem Detail der Lehm-Stroh-Wände auseinandergesetzt.

Bei der Preisverleihung sagte Landrat Reinhard Leutner neben den Teilnehmern vor allem auch den Sponsoren des Wettbewerbes „Danke“. Das Preisgeld – 2009 wurden immerhin 3.900 € vergeben – wird finanziert von der Sparkasse Coburg-Lichtenfels und der Firma IBC Solar AG Bad Staffelstein. Sowohl Roland Vogel vom Vorstand der Sparkasse, als auch Martina Polke aus der Geschäftsführung der IBC Solar AG, sprachen allen Teilnehmern ihre Hochachtung aus.

Oberfränkische Landräte: Resolution zum Erhalt der kostenlosen Fahrradmitnahme

Deutliche Worte fand der Vorsitzende des Bezirksverbands Oberfranken im Bayerischen Landkreistag, Landrat Reinhard Leutner, Lichtenfels, zum Wegfall der kostenfreien Fahrradmitnahme der DB Regio in Oberfranken. Seit Monaten wurde von der Bahn ein Angebot erwartet, damit dieser sinnvolle Service für Gäste, Pendler und Schüler weiterhin angeboten werden kann. Da hier kein Entgegenkommen signalisiert wurde, schickten die oberfränkischen Landräte die unten abgedruckte Resolution nach München und Berlin. Besonders ärgert die Landkreisechefs die Ungleichbehandlung innerhalb Bayerns, da in Südbayern bereits wieder Sonderregelungen getroffen wurden.

RESOLUTION der oberfränkischen Landräte

Erhalt bzw. Wiedereinführung der kostenlosen Fahrradmitnahme mit der Bahn in Oberfranken

1. Die oberfränkischen Landräte fordern die Fortführung der kostenlosen Fahrradmitnahme durch die DB Regio AG. Die DB Regio AG wird aufgefordert, den oberfränkischen Landkreisen daher umgehend ein faires und transparentes Angebot zu machen, das

bis zum Betreiberwechsel Mitte bzw. Ende 2011 Bestand hat.

2. Die oberfränkischen Landräte setzen sich dafür ein, dass im Schienenpersonennahverkehr, als wichtigen Teil der touristischen Infrastruktur, attraktive Angebote an die Urlauber gemacht werden. Zudem befürworten sie die verstärkte Nutzung der Kombination Bahn & Fahrrad im Ausbildungs- und Berufspendlerverkehr. Die Landkreise sind daher bereit, sich wie bisher finanziell zu engagieren, insbesondere

bei der kostenlosen Fahrradmitnahme in den in Oberfranken verkehrenden Regionalexpresszügen und Regionalbahnen.

3. Die oberfränkischen Landräte fordern eindringlich, dass die kostenlose Fahrradmitnahme in Oberfranken im Rahmen der Gleichbehandlung wieder genauso möglich ist, wie dies einigen oberbayerischen Landkreisen mittlerweile zugestanden wurde, zumal Oberfranken Vorreiter dieser Fahrradmitnahmemöglichkeit war.



Die oberfränkischen Landräte mit Regierungspräsident Wilhelm Wenning, Präsident der Handwerkskammer für Oberfranken Thomas Zimmer, Hauptgeschäftsführer der Handwerkskammer Horst Eggers, Hauptgeschäftsführer der Hanns-Seidel-Stiftung Dr. Peter Witterauf, Bezirksvorsitzender der oberfränkischen Landräte Landrat Reinhard Leutner, Erste Bürgermeisterin der Stadt Lichtenfels Dr. Bianca Fischer (Vorne v. links nach rechts)

Praxisleitfaden „Park and Ride“

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel, Münchens Oberbürgermeister Christian Ude und Christoph Huß von der BMW Group gaben Startschuss für neuen ‚Park and Ride‘ Leitfaden.

Der neue Praxisleitfaden ‚P+R Anlagen – Planen, Bauen und Betreiben‘, der von der BMW Group und der LH München initiierten „Inzell-Initiative“, gibt Kommunen konkrete Tipps und Anregungen zum Bau und Ausbau von P+R Anlagen.

Bayerns Wirtschaftsstaatssekretärin Katja Hessel erklärte beim offiziellen Startschuss: „Wir wollen möglichst vielen Autofahrern das Umsteigen auf die öffentlichen Verkehrsmittel Bahn, U-Bahn und Trambahn schmackhaft machen. Benutzerfreundliche Pkw-Stellplätze an Bahnhöfen und Haltestellen sind dafür eine wesentliche Voraussetzung. Der neue Leitfaden der Inzell Initiative ist ein vorbildliches Projekt, das den weiteren Ausbau von P+R Anlagen wesentlich voranbringen wird.“

Seit Mitte der 90er Jahre fördert der Freistaat Bayern verstärkt P+R Anlagen. Die aktuellen Fördersätze liegen je nach Größe und Ausstattung der Anlage zwischen 60 und 70 Prozent. Im Umland von München ist zusätzlich eine bis zu zwanzigprozentige Förderung durch die Landeshauptstadt München möglich, wenn mindestens 60 Prozent der Fahrgäste das Stadtgebiet München zum Ziel haben. Münchens Oberbürgermeister Christian Ude dazu: „P+R Anlagen im Umland entlasten die Stadt von einströ-

mendem Autoverkehr und leisten damit einen Beitrag zum Klimaschutz.“

Christoph Huß von der BMW Group erläuterte: Im Umland der Ballungsräume können häufig keine ausreichenden Verbindungen im öffentlichen Verkehr angeboten werden. In den Städten selbst ist der Parkraum knapp und muss effizient genutzt werden. Daher sind attraktive Park & Ride Angebote nötig, um den Pendlern, die aus dem Umland mit dem Auto kommen, den Umstieg auf den öffentlichen Verkehr zu ermöglichen.

Über 60 Prozent der im Freistaat Bayern lebenden 4,3 Millionen Arbeitnehmer pendeln täglich zwischen ihrem Wohnort und ihrem Arbeitsplatz. Hinzu kommen die Schüler, Auszubildenden, Studenten und der Einkaufs- und Freizeitverkehr. Allein in die Landeshauptstadt Mün-

chen pendeln täglich etwa 360 000 Menschen. Beim Ausbau von P+R Anlagen sehen sich die Kommunen jedoch umfangreichen Fragen und Herausforderungen gegenüber. Die Anzahl ausgebauter P+R Stellplätze bleibt heute noch deutlich hinter der Nachfrage zurück.

Deshalb hat die ‚Inzell-Initiative‘ 2005 den Arbeitskreis ‚Park&Ride regional‘ unter Leitung der BMW Group gegründet. Er hat die Fragen der Kommunen beim Bau und Ausbau von P+R Anlagen aufgegriffen und verschiedene Lösungsansätze auch anhand von drei Demonstratorgemeinden erarbeitet. Mit dem Praxisleitfaden ‚P+R Anlagen – Planen, Bauen und Betreiben‘ stellt die Inzell-Initiative den Kommunen, der Verwaltung und den Planern eine umfassende Handlungsanleitung für den Bau und Ausbau von P+R Anlagen zur Verfügung.

Der Leitfaden beschreibt den Prozessablauf bei Vorbereitung, Planung und Bau von P+R Anlagen. Er beantwortet Fragen der Förderung und Finanzierung und zeigt Möglichkeiten zur Betriebsorganisation auf. Die Benennung von Ansprechpartnern für verschiedene Fragestellungen rundet die Information ab. Die meisten Beispiele des Leitfadens sind aus dem Raum München, dem Wirkungskreis der Inzell-Initiative und des Arbeitskreises ‚Park&Ride regional‘. Grundsätzlich sind sie auch auf andere Regionen Bayerns und darüber hinaus übertragbar.

Die 48-seitige Broschüre kann bei den jeweiligen Bezirksregierungen und über den Münchner Verkehrs- und Tarifverbund (MVV) bezogen werden. Sie kann mit weiteren Informationen zum Thema P+R im Internet unter www.p-r-regional.de heruntergeladen werden.

Zukunft des Belegarztwesens in Bayern

Nach der Befassung des Präsidiums in seiner Sitzung vom 22. Juli 2009 mit der Zukunft des Belegarztwesens in Bayern hat sich der Bayerische Landkreistag an den Ministerpräsidenten Horst Seehofer mit der Bitte um Unterstützung gewandt. Ähnlich lautende Schreiben wurden an die Fraktionsvorsitzenden und die gesundheitspolitischen Sprecher der im Bundestag und im Bayerischen Landtag vertretenen Fraktionen gerichtet. Im Folgenden ist eine überarbeitete und leicht gekürzte Fassung des Schreibens an den Ministerpräsidenten abgedruckt.

Mitte Juli 2009 haben die Kassenärztlichen Vereinigungen Zahlen zur Erlössituation der niedergelassenen Ärzte aufgrund der neuen Honorarordnung nach dem zum 1. Januar 2009 in Kraft getretenen Einheitlichen Bewertungsmaßstab veröffentlicht. Nach diesen Zahlen sind die vorausgesagten Einbußen für ambulant durch niedergelassene Ärzte erbrachte Leistungen zumindest für das erste Quartal 2009 nicht eingetreten. Bestätigt wurden jedoch die schlimmsten Befürchtungen des Baye-

rischen Landkreistags zur **Zukunft des Belegarztwesens**. Aufgrund der Neuberechnung der Vergütung der belegärztlichen Leistungen in dem seit 1. Januar 2009 geltenden Einheitlichen Bewertungsmaßstab war zu erwarten, dass es bei den von niedergelassenen Ärzten stationär erbrachten Leistungen zu dramatischen Honorareinbußen kommen wird. Gespräche mit der Kassenärztlichen Vereinigung Bayerns haben dies bestätigt.

Honorareinbußen bedrohen Belegarztwesen

Die Auswertung der Honorarentwicklung für das 1. Quartal 2009 durch die Kassenärztliche Vereinigung Bayerns (KVB) zeigt nunmehr, dass die Honorareinbußen der Ärzte je nach Facharztgruppe im belegärztlichen Bereich zwischen 14,3 und 26,9 % liegen. Der Bayerische Landkreistag geht aktuell davon aus, dass die zwischen der KVB und dem Gesundheitsminister Dr. Söder vereinbarte Kappung der Verluste von niedergelassenen Ärzten auf maximal 5 % auch für belegärztliche Leistungen gilt. Insofern wird

der Dramatik der Situation für das 1. Quartal etwas an Schärfe genommen. Gleichwohl ist die Zukunft des Belegarztwesens in Bayern massiv gefährdet.

Belegarztmodell als vorbildliche Verzahnung von ambulant und stationär

Für die kleinräumige Krankenhausstruktur Bayerns stellt das Belegarztmodell eine hervorragende Möglichkeit des Angebots akutstationärer Leistungen in bestimmten Facharztbereichen sowie ein Paradebeispiel für eine Verzahnung von ambulantem niedergelassenen und stationären Sektor dar. Vor diesem Hintergrund ist es nicht hinnehmbar, dass mit den jüngsten Änderungen des rechtlichen Rahmens der Gesundheitspolitik ein Fortbestand belegärztlicher Leistungen gefährdet wird. Zwar hat das Land Hessen bereits einen Änderungsantrag als Gesetzesinitiative in den Bundesrat eingebracht mit dem Ziel, das Krankenhausfinanzierungsreformgesetz hinsichtlich des Abschlags auf die DRG-Hauptabteilungspauschale nachzubessern, jedoch steht zu befürchten,

dass im Ergebnis als Kompromiss ein Abschlag zwischen 0 und 20 % hin- genommen werden muss. Nach bishe- rigen Erkenntnissen wäre jedoch jeder Abschlag von der DRG-Fallpauschale für eine Hauptabteilung für die bayerischen Krankenhäuser der Grundversorgung nicht auskömmlich.

Da sich die finanziell ohnehin ange- schlagenen Krankenhäuser in Träger- schaft der Landkreise nicht in der Lage sehen, Honorareinbußen der Belegärzte ausgleichen zu können, müssen Beleg- arztabteilungen an den Kreiskliniken entweder geschlossen oder zu Haupt- abteilungen umgewandelt werden. Die Konsequenzen daraus für die medizi- nische Versorgung der Bevölkerung im ländlichen Raum liegen unmittelbar auf der Hand:

- die enge Verzahnung zwischen nie- dergelassenen Fachärzten und den Krankenhäusern geht verloren;
- im niedergelassenen Bereich fehlt ohne das Vorhalten von Belegbetten ein weiterer Anreiz für Fachärzte, sich im ländlichen Raum niederzulassen;

- die Umwandlung einer Belegabtei- lung in eine Hauptabteilung ist für das Krankenhaus mit wesentlich höheren Vorhaltekosten verbun- den und stellt daher nur in den seltensten Fällen einen möglichen Ausweg dar;
- die ersatzlose Schließung von Beleg- abteilungen führt zu einer schlech- teren akutstationären Versorgung der Bevölkerung;
- damit wird die Grundversorgung im ländlichen Raum gegenüber der Schwerpunktversorgung in Ballungs- gebieten zusätzlich geschwächt.

Vor diesem Hintergrund hat sich das Präsidium des Bayerischen Landkreis- tags in seiner Sitzung vom 22. Juli 2009 in Amberg-Sulzbach mit der Thema- tik auseinandergesetzt und folgenden **Beschluss** gefasst:

„Der Bayerische Landkreistag erachtet die Auswirkungen der neuen Honorar- ordnung für niedergelassene Ärzte im belegärztlichen Bereich für außeror- dentlich problematisch. Da die bislang im Raum stehenden Möglichkeiten

nicht ausreichen, um den Erlöseinbruch bei den Belegärzten aufzufangen, ste- hen die Kreiskliniken vor der schwie- rigen Entscheidung, Belegabteilungen entweder zu schließen oder in Haupt- abteilungen umzuwandeln. Damit wird ein sinnvolles Element der Verzahnung von ambulantem und stationärem Sek- tor der Gesundheitsversorgung zerstört. Die Landes- und Bundespolitik ist auf- gerufen, über entsprechende Rechtsän- derungen eine Fortführung des Beleg- arztwesens wie in der Vergangenheit zu ermöglichen.“

Um die bewährte Struktur des Beleg- arztwesens in Bayern zu sichern, müs- sen auf Bundesebene entsprechende Maßnahmen ergriffen werden. Entweder muss das Krankenhausfinanzierungsre- formgesetz dergestalt nachgebessert werden, dass auch für belegärztliche Leistungen die uneingeschränkte DRG- Fallpauschale abgerechnet werden kann, oder die Regelungen des Einheit- lichen Bewertungsmaßstabes für die Vergütung belegärztlicher Leistungen müssen auf den früheren Stand zurück- geführt werden.

Auch 2008 Bettenabbau in den bayerischen Krankenhäusern – dennoch steigende Patientenzahlen

Durchschnittliche Verweildauer erneut gesunken

Im Jahr 2008 standen in den bayerischen Krankenhäusern 75 449 Betten zur Verfügung, 434 weniger als im Vorjahr. Nach Angaben des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung wurden dennoch knapp 2,7 Millionen Behandlungen durchgeführt, 73 399 oder rund 2,8 Prozent mehr als 2007. Ein Krankenhausaufenthalt dauerte im Durchschnitt 8,0 Tage gegenüber 8,2 Tagen im Vorjahr. Die Bettenauslastung betrug 77,1 Prozent gegenüber 76,8 Prozent im Jahr 2007.

Wie das Bayerische Landesamt für Sta- tistik und Datenverarbeitung mitteilt, standen im Jahr 2008 in den 379 baye-

rischen Krankenhäusern 75 449 Bet- ten für die stationäre Versorgung zur Verfügung, 434 Betten weniger als im Vorjahr.

Die Zahl der vollstationär behandelten Patientinnen und Patienten betrug im gleichen Zeitraum knapp 2,7 Millionen und ist damit im Vergleich zum Vorjahr um 73 399 gestiegen (+ 2,82 Prozent). Der durchschnittliche Krankenhausauf- enthalt verkürzte sich von 8,2 Tagen auf 8,0 Tage. Die Auslastung der aufgestell- ten Betten stieg gegenüber dem Vorjahr von 76,8 Prozent auf 77,1 Prozent.

Seit 1991 wurden in den bayerischen Krankenhäusern von damals 87 914 auf-

gestellten Betten 12 465 abgebaut. Dies entspricht einem Bettenabbau von fast 14,2 Prozent in den letzten 17 Jahren. Da die Anzahl der Berechnungs-/Beleg- ungstage im selben Zeitraum um circa 21,5 Prozent von rund 27,2 Millionen auf circa 21,3 Millionen abnahm und gleich- zeitig die durchschnittliche Verweildauer von 12,5 Tagen auf 8,0 Tage verkürzt wurde, beide Rückgänge relativ gesehen somit den Bettenabbau übertrafen, ging von 1991 bis 2008 die durchschnitt- liche Bettenauslastung von 84,6 Prozent um 7,5 Prozentpunkte auf 77,1 Prozent zurück. Eine Betrachtung im Zeitverlauf ist erst seit 1991 sinnvoll, da zuvor eine andere Erhebungsmethodik angewendet wurde.

Sozialbericht 2009 und Behindertenbericht 2009 der Bundesregierung

Die Bundesregierung hat zwei Berichte verabschiedet, mit denen sie Bilanz über die Maßnahmen der inzwischen abgelaufenen Legislaturperiode ergriffenen Maßnahmen zieht. Der Sozialbericht 2009 dokumentiert die umfangreichen sozialstaatlichen Leistungen, die im laufenden Jahr voraussichtlich 754 € (Sozialleistungsquote: 32 %) betragen werden. Der Behindertenbericht 2009 zeigt die Politik für schwerbehinderte und wesentlich behinderte Menschen auf.

Sozialbericht 2009

Mit dem Sozialbericht 2009 dokumentiert die Bundesregierung den Umfang und die Bedeutung der gesamten sozialstaatlichen Leistungen und die in diesem Kontext ergriffenen Reformen der zu Ende gegangenen 16. Legislaturperiode.

Teil A enthält einen umfassenden Überblick u. a. über folgende Bereiche:

60 Jahre Sozialstaat, Arbeitsbeziehungen und Arbeitsbedingungen, Beschäftigungs- und Ausbildungssituation von Ausländern, Integrationspolitik, Arbeitsmigration, Rückkehrförderung, Rehabilitation und Teilhabe behinderter Menschen, Soziale Aspekte der Kinder- und Jugend- sowie Bildungs- und Ausbildungspolitik und Familien-, Senioren- und Gleichstellungspolitik.

Teil B widmet sich dem sog. **Sozialbudget**, das über Umfang, Struktur und Entwicklung der Einnahmen und Ausgaben der einzelnen Zweige der sozialen Sicherung in der Bundesrepublik informiert:

Sozialversicherungssysteme:

Renten-, Kranken-, Pflege-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung,

Sondersysteme:

Alterssicherung der Landwirte, Versorgungswerke, private Altersvorsorge,

Systeme des öffentlichen Dienstes:

Pensionen, Familienzuschläge, Beihilfen, **Arbeitgebersysteme:** Entgeltfortzahlung, betriebliche Altersversorgung, Zusatzversorgung, sonstige Arbeitgeberleistungen,

Entschädigungssysteme: Soziale Entschädigung, Lastenausgleich, Wiedergutmachung, sonstige Entschädigungen,

Förder- und Fürsorgesysteme: Kindergeld/Familienleistungsausgleich, Erziehungsgeld/ Elterngeld, Grundsicherung für Arbeitsuchende, Arbeitslosenhilfe/sonstige Arbeitsförderung, Ausbildungsförderung, Sozialhilfe, Kinder- und Jugendhilfe, Wohngeld, steuerliche Leistungen.

Im Jahr 2008 beliefen sich die gesamten Sozialleistungen auf rd. 721 Mrd. €. Die Entwicklung in den Jahren 2007 und 2008 ist in starkem Maße durch das gestiegene Leistungsvolumen in der gesetzlichen Krankenversicherung und durch die Rentenanpassungen in der gesetzlichen Rentenversicherung bzw. in den mit letzterer über den Anpassungsverband gekoppelten Systemen (SGB II und SGB XII) geprägt. Leistungsverbesserungen gab es auch in der gesetzlichen Pflegeversicherung.

Der Bericht prognostiziert, dass die Wirtschaftsentwicklung im Jahr 2009 zu einem **deutlichen Anstieg der Sozialleistungen** führen wird. Gegenüber 2008 werden die Leistungen um 33 Mrd. € auf voraussichtlich 754 Mrd. € steigen. Der Anstieg ist in erster Linie Folge höherer rezessionsbedingter Ausgaben in der Arbeitslosenversicherung und im SGB II. Während die Sozialleistungen um rd. 4,5% steigen, fällt das Bruttoinlandsprodukt um 5,3%. In der Folge wird die Sozialleistungsquote (Leistungen gemessen am Bruttoinlandsprodukt) voraussichtlich um fast drei Punkte auf 31,9% steigen. Darüber hinaus spielen aber auch eine Reihe von Leistungsverbesserungen in der Renten-, Kranken- und Pflegeversicherung sowie in den Bereichen Kin-

dergeld bzw. Familienleistungsausgleich, Ausbildungsförderung, Wohngeld und Kinder- und Jugendhilfe eine Rolle. Bis 2012 wird sich der Anstieg der Sozialleistungen wieder deutlich verlangsamen. Nach der Modellrechnung des Berichts werden in 2012 voraussichtlich rd. 790 Mrd. € für Soziales ausgegeben werden.

Der Deutsche Landkreistag wurde in die Vorbereitung des Sozialberichts nicht einbezogen. Das Bundeskabinett hat den vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstellten Sozialbericht 2009 Mitte Juli beschlossen. Druckexemplare des 352-seitigen Berichts (Bestellnummer A 101-09) können unter info@bmas.bund.de bestellt werden.

Behindertenbericht 2009

Mit dem Bericht über die Lage von Menschen mit Behinderungen (Behindertenbericht 2009) zieht die Bundesregierung Bilanz über ihre Behindertenpolitik in der 16. Legislaturperiode. Sie greift insbesondere folgende Punkte auf: Gleichbehandlung, Bildung, Teilhabe am Arbeitsleben, Leistungen zur Teilhabe und Verfahrensoptimierung, Barrierefreiheit.

Auf den Seiten 9–15 des 125-seitigen Berichts befindet sich eine Zusammenfassung der **Schwerpunkte und wichtigsten Ergebnisse**. Im Wesentlichen geht es dabei um gesetzgeberische Maßnahmen wie den Rechtsanspruch auf das persönliche Budget, die Unterstützte Beschäftigung, Leistungen der Pflegeversicherung, der medizinischen und der beruflichen Rehabilitation für behinderte Menschen, die UN-Konvention etc.

In einem Ausblick bekräftigt der Bericht, dass die in der nächsten Legislaturperiode anzustrebende Reform der Eingliederungshilfe sich zum einen an der Entwicklung einer personenzentrierten

Teilhabeleistung durch eine stärkere Berücksichtigung der individuellen Bedürfnisse, zum anderen an der Entwicklung eines durchlässigen und flexiblen Hilfesystems sowie an der Schaffung von Beschäftigungsalternativen zur Werkstatt für behinderte Menschen orientieren solle.

Der Deutsche Landkrestag hatte während der Vorbereitung des Behinderten-

berichts Gelegenheit, aus dem Zuständigkeitsbereich der Landkreise einen Beitrag beizusteuern. Insbesondere hat er auf den im DLT-Positionspapier „Weiterentwicklung der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen“ aufgezeigten Änderungsbedarf hingewiesen und zugleich exemplarisch für die Vielzahl der in den Landkreisen angestoßenen oder durchgeführten Projekte zum Thema Behinderung ein Dutzend Praxis-

beispiele übersandt. Im Bericht sind die Beispiele aus den Landkreisen Darmstadt-Dieburg, Potsdam-Mittelmark und Teltow-Fläming aufgegriffen worden.

Das Bundeskabinett hat auch diesen vom Bundesministerium für Arbeit und Soziales erstellten Bericht Mitte Juli beschlossen. Der Bericht (Bestellnummer A 125) kann wiederum unter info@bmas.bund.de bestellt werden.

Mehr als drei Milliarden Euro für Sozialhilfe

Eingliederungshilfe für behinderte Menschen größte Einzelposition

Die Bruttoausgaben für Leistungen der Sozialhilfe nach dem Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch, beliefen sich in Bayern für das Jahr 2008 auf 3,05 Milliarden Euro und lagen somit um rund 4 Prozent höher als im Vorjahr. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung weiter mittelt, lagen – nach Abzug der Einnahmen in Höhe von fast 437 Millionen Euro – die Nettoausgaben bei gut 2,6 Milliarden Euro (plus 4,2 Prozent). Mit gut 1,5 Milliarden Euro entfiel der größte Anteil der Nettoausgaben (58,9 Prozent) auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen.

Nach Angaben des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung lagen die Bruttoausgaben für Leistungen nach dem Sozialgesetzbuch, Zwölftes Buch (SGB XII) für das Jahr 2008 bei 3,05 Milliarden Euro. Somit überstiegen – seit Einführung des SGB XII im Jahre 2005 – die Bruttoausgaben in Bayern erstmals die 3-Milliarden-Euro-Marke. Gegenüber dem Vorjahr (2,93 Milliarden Euro) entsprach dies einer Steigerung der Ausgaben von rund 4 Prozent. Nach Abzug der Einnahmen (437 Millionen Euro) beliefen sich die Nettoausgaben (man spricht auch von „reinen Ausgaben“) im Jahr 2008 auf 2,61 Milliarden Euro, was gegenüber dem Vorjahr Mehrausgaben von fast 105 Millionen Euro (4,2 Prozent) bedeutete.

Von den Nettoausgaben entfiel mit 1,54 Milliarden Euro (58,9 Prozent) der größ-

te Anteil auf die Eingliederungshilfe für behinderte Menschen; gegenüber dem Vorjahr entsprach dies einer Steigerung von 5 Prozent. Die Ausgaben für Grundsicherung im Alter und bei Erwerbsminderung lagen bei 439 Millionen Euro (16,8 Prozent der gesamten Nettoausgaben) und die Hilfe zur Pflege bei 345 Millionen Euro (13,2 Prozent). Für die Hilfe zum

Lebensunterhalt lagen die Ausgaben bei 123 Millionen Euro (4,7 Prozent), für die restlichen Hilfearten wurden Ausgaben in Höhe von 166 Millionen Euro (6,4 Prozent) getätigt.

Umgerechnet lagen die reinen Ausgaben je Einwohner im Jahr 2008 bei 209 Euro. 2007 waren dies noch 201 Euro.

Sozialhilfe-Ausgaben in Bayern 2008 nach Regierungsbezirken

Sitz des Sozialhilfeträgers (Regierungsbezirk)	Ausgaben für Hilfeleistungen (brutto)	Reine Ausgaben (netto)	
		Insgesamt	darunter Eingliederungshilfe für behinderte Menschen
Euro			
Oberbayern	1 139 766 099	1 036 059 560	568 146 134
Niederbayern	248 807 249	208 825 790	132 923 039
Oberpfalz	242 967 452	197 259 412	115 930 209
Oberfranken	223 055 211	175 057 686	112 926 370
Mittelfranken	487 909 528	404 229 485	239 291 286
Unterfranken	275 516 508	227 467 948	137 273 528
Schwaben	433 057 892	365 299 460	234 149 356
Bayern	3 051 079 939	2 614 199 341	1 540 639 922

Ausführliche Ergebnisse zu diesem Thema enthält der Statistische Bericht „Sozialhilfe in Bayern, Teil 1: Einnahmen und Ausgaben“ (Best.-Nr.: K11013200800, Preis 7,90 €). Er kann im Webshop (www.statistik.bayern.de/webshop) oder im Vertrieb des Bayerischen Landesamtes für Statistik und Datenverarbeitung erworben oder dort per Fax 089 2119-457 oder E-Mail: vertrieb@statistik.bayern.de bestellt werden. Der Bericht ist im Webshop auch kostenlos als Datei erhältlich.

Sozialhilfeausgaben 2008

Nach der vorläufigen Statistik des Statistischen Bundesamtes wurden für die Sozialhilfe im Jahr 2008 bundesweit brutto 22,0 Mrd. € ausgegeben. Nach Abzug von Einnahmen in Höhe von 2,2 Mrd. €, die den Sozialhilfeträgern zum größten Teil aus Erstattungen anderer Sozialleistungsträger zugeflossen sind, betragen die Sozialhilfeausgaben netto 19,8 Mrd. €.

Das waren + 4,9 % mehr als im Vorjahr 2007, das im Vergleich zum Vorvorjahr 2006 seinerseits bereits eine Steigerung von + 3,9 % zu verzeichnen hatte.

Ausgaben Je Einwohner

Pro Kopf wurden in Deutschland 2008 rechnerisch netto 241 € Sozialhilfeleistungen aufgewendet (im Vorjahr 229 €). Die Pro-Kopf-Ausgaben lagen in Westdeutschland (ohne Berlin) mit 249 € je Einwohner wesentlich höher als in Ost-

deutschland mit 164 €. Die höchsten Pro-Kopf-Ausgaben hatten – wie im Vorjahr – die drei Stadtstaaten Bremen (405 €), Hamburg (376 €) und Berlin (370 €). In den alten Flächenländern verzeichnete Baden-Württemberg mit 177 € die geringsten Ausgaben je Einwohner und Schleswig-Holstein mit 288 € die höchsten. In den neuen Ländern waren die Pro-Kopf-Ausgaben am niedrigsten in Sachsen mit 124 € und am höchsten in Mecklenburg-Vorpommern mit 206 €.

Ausgaben nach Hilfearten

Über die Hälfte der Gesamtausgaben (57 %) lag 2008 nach wie vor bei der **Eingliederungshilfe für behinderte Menschen** mit netto 11,2 Mrd. €. Im Vergleich zur Vorjahresstatistik 2007 sind die Ausgaben für diese Hilfeart mit + 5,3 % deutlich gestiegen. Die Nettoausgaben für die **Grundsicherung im Alter** und bei Erwerbsminderung lagen bei 3,7

Mrd. €. Im Vergleich zur Vorjahresstatistik sind die Ausgaben für diese Hilfeart um + 6,0 % gestiegen. Der Anstieg fiel damit im Vergleich zum Vorvorjahr mit + 12,7 % geringer aus, ist aber noch immer sehr hoch. Für die **Hilfe zur Pflege** gaben die Sozialhilfeträger im Jahr 2008 netto 2,8 Mrd. € aus, das waren + 3,2 % gegenüber dem Vorjahr. Nach wie vor relativ gering zu Buche schlug die **Hilfe zum Lebensunterhalt**, für die 2008 netto 0,9 Mrd. € ausgegeben wurden. Allerdings sind dies + 16,1 % im Vergleich zu 2007, das seinerseits mit + 9,4 % gegenüber dem Vorvorjahr 2006 bereits eine erhebliche Steigerung zu verzeichnen hatte.

Insgesamt erfasst die vorliegende Statistik zu den Sozialhilfeausgaben nur rund die Hälfte der Kreisausgaben für soziale Leistungen. Nicht erfasst sind die Ausgaben nach dem SGB II sowie die Ausgaben der Jugendhilfe, die in jeweils eigenen Statistiken ausgewiesen werden.

Alkoholpräventionsprojekt HaLT im Landkreis Fürstenfeldbruck erfolgreich gestartet

Jugendliche, die Alkohol trinken, werden immer jünger, die Intensität und der Konsum von oftmals harten Alkoholla haben erschreckende Ausmaße angenommen. In vielen Medien wird das Thema aufgegriffen mit Berichten über sogenannte Flatrate-Partys oder über die Forderungen nach strengeren Gesetzen, wie z. B. die Alkoholabgabe ab 18 Jahren.

Diese Entwicklung macht auch vor dem Landkreis Fürstenfeldbruck nicht halt und veranlasste das Amt für Jugend und Familie, die Alkoholprävention zum Schwerpunktthema der Fachstelle Jugendschutz für 2009 und die beiden Folgejahre zu machen. Parallel dazu wurde das HaLT-Projekt in verschiedenen politischen Gremien des Landkreises diskutiert und für unterstützungswürdig befunden. Der Jugendhilfeausschuss beschloss, das Alkoholpräventionskonzept HaLT als Kooperationsprojekt zwi-

schen dem Amt für Jugend und Familie, der Caritas Fachambulanz für Suchterkrankungen und dem Gesundheitsamt im Landkreis Fürstenfeldbruck einzuführen. Die Dauer des Projektes ist zunächst auf zweieinviertel Jahre festgelegt.

Mit dem Bundesmodellprojekt „HaLT – Hart am Limit“ soll auf den problematischen Alkoholkonsum von Jugendlichen und jungen Erwachsenen hingewiesen, ein Bewusstsein in der Öffentlichkeit für die Risiken geschaffen und ganz



Projekt „HaLT- Hart am Limit“ im Landkreis Fürstenfeldbruck offiziell gestartet. Landrat Thomas Karmasin präsentiert mit zahlreichen Ehrengästen und den Beteiligten des Landratsamtes Fürstenfeldbruck, Amt für Jugend und Familie und Gesundheitsamt und der Caritas Fürstenfeldbruck die Urkunde mit der Zertifizierung der Bayerischen Akademie für Suchtfragen in Forschung und Praxis BAS e. V.

konkrete Maßnahmen zum Schutz der Kinder und Jugendlichen ergriffen werden. Das Programm folgt zum einen der Idee, früh und schnell einzugreifen, ehe es zu exzessivem Alkoholkonsum bei Kindern und Jugendlichen kommt – zum anderen, Risikokompetenz im Umgang mit Alkohol zu vermitteln.

„Wir Erwachsene sind die Vorbilder unserer Kinder und Jugendlichen. Unser Umgang mit Genuss- und Suchtmittel – wie beispielsweise dem Alkohol – beeinflusst und prägt auch den Umgang der Jugendlichen damit. Unser Ziel sollte eine Kultur des Hinsehens sein“, so Landrat Thomas Karmasin in seinem Appell an die Verantwortung aller Mitbürgerinnen und Mitbürger, riskanten Alkoholkonsum zu thematisieren und eine klare Haltung hierzu einzunehmen.

Das Alkoholpräventionsprojekt möchte unterschiedlichste Zielgruppen in der Kommune ansprechen und somit eine breite Öffentlichkeit über die Risiken von riskantem Rauschtrinken aufklären und informieren. Ziel ist es, einen Rahmen zu schaffen, der das exzessive Trinken schon im Vorfeld verhindert. Hierzu gehört zum Beispiel die konsequente Einhaltung des Jugendschutzgesetzes bei der Abgabe von Alkohol bei Veranstaltungen, im Handel und in der Gastronomie. Angesprochen und sensibilisiert werden sollen – neben Eltern, Lehrkräften und Verkaufspersonal – alle Bürgerinnen und Bürger des Landkreises.

Ein weiteres Ziel des HaLT-Projektes ist die Einführung eines Beratungsangebotes für Kinder und Jugendliche mit

gesundheitsschädlichem Alkoholkonsum in Zusammenarbeit der Fachambulanz für Suchterkrankungen mit dem Klinikum Fürstenfeldbruck. In einem eineinhalbtägigen Gruppenangebot, dem „Risiko-Check“ trainieren die Jugendlichen ihre Risikowahrnehmung sowie Verantwortung für sich und andere zu übernehmen. Darüber hinaus besteht auch für die Eltern der betroffenen Jugendlichen das Angebot, sich von Fachkräften beraten zu lassen.

Weitere Informationen rund um das HaLT-Projekt sowie zum Thema Alkoholprävention erteilen die Fachstelle Jugendschutz des Landratsamtes Fürstenfeldbruck, jugendschutz@lra-ffb.de und die Caritas Fachambulanz für Suchterkrankungen, suchtambulanzffb@caritasmuenchen.de.

Jugendschutz - Was ist erlaubt? Was verboten?

Das neue Internetportal „Jugendschutz aktiv“ gibt Antworten

Ab welchem Alter ist es erlaubt, Bier zu trinken? Wie lange darf eine 16-Jährige das Hallenfest im Ort besuchen? Welchen Film darf ein 6-Jähriger in Begleitung seiner Eltern sehen? Diese und viele weitere Antworten zu jugendschutzrechtlichen Fragestellungen werden auf dem neuen Internetportal „Jugendschutz aktiv“ des Bundesfamilienministeriums gegeben.

Auf der Internetseite www.jugendschutzaktiv.de stehen das Jugendschutzgesetz und seine Anwendung in Alltagssituationen im Mittelpunkt. Auch die Begrifflichkeiten des Jugendschutzgesetzes werden erläutert. In einer Übersicht wird dargestellt, wer ab wann, was darf.

Die Informationen für Eltern und Erziehende helfen diesen, sich mit ihren Kindern über die Gefahren von Medien, Alko-

hol und Zigaretten auseinanderzusetzen. Der Jugendschutz-Rechner zeigt, was für Kinder und Jugendliche in welchem Alter erlaubt ist. In einem Schnelltest bietet sich die Möglichkeit, das eigene Wissen über den Jugendschutz auf die Probe zu stellen. Ferner werden die Regelungen des Jugendschutzes erläutert, die für Beschäftigte in Einzelhandel, Gaststätten, Diskotheken, Tankstellen und anderen Einrichtungen relevant sind.

Mehr alkoholbedingte stationäre Behandlungsfälle in Bayern

Doppelt so viele Jugendliche unter 15 Jahren alkoholbedingt in Behandlung wie 2006

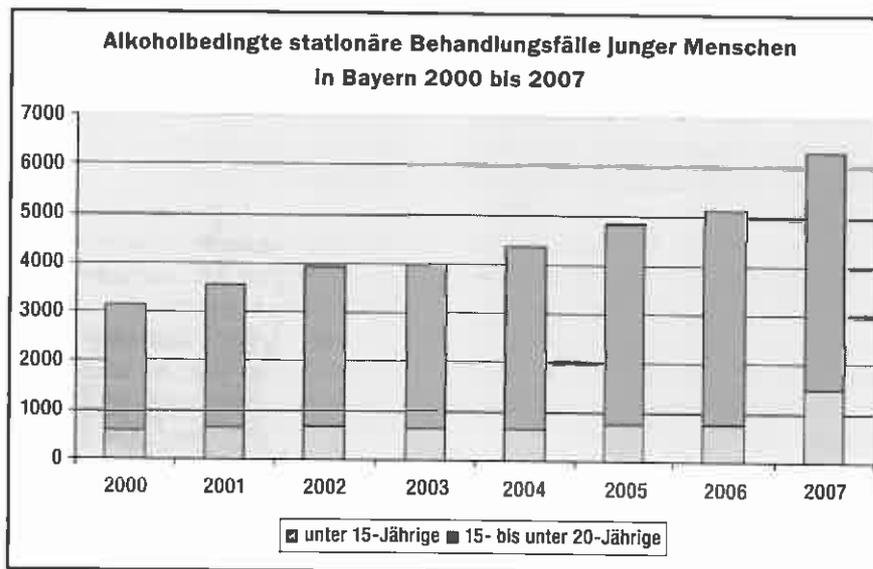
Im Jahr 2007 wurden in den bayerischen Krankenhäusern 47 821 alkoholbedingte Behandlungsfälle registriert. Nach Angaben des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung entsprach dies einer Steigerung um rund 5,2 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. 6 300 – das waren gut 13 Prozent – der wegen Alkohol-

missbrauch vollstationär behandelten Personen waren Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von unter 20 Jahren; das entsprach einer Zunahme von 23,1 Prozent. Die Zahl der Behandlungsfälle von unter 15-Jährigen im Zusammenhang mit alkoholbedingten Diagnosen verdoppelte sich fast im Vergleich zu 2006.

Im Jahr 2007 wurden in den bayerischen Krankenhäusern 47 821 Patientinnen und Patienten vollstationär als Folge ihres sorglosen Umgangs mit Alkohol behandelt. Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung mitteilt, waren dies rund 5,2 Prozent mehr als im Vorjahr (2006: 45 473).

Die Zahl der alkoholbedingten Behandlungsfälle steigerte sich in den letzten Jahren kontinuierlich von 40 232 im Jahr 2000 auf 43 398 im Jahr 2004. Der Anstieg zwischen den Jahren 2000 und 2007 betrug damit 18,9 Prozent.

Unter den alkoholbedingten Behandlungsfällen befanden sich im Jahr 2007 in Bayern 6 300 Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene im Alter von unter 20 Jahren. Das waren im Vergleich zum Vorjahr 23,1 Prozent mehr (2006: 5 119). Im Jahr 2000 gab es 3 162 Patientinnen und Patienten in dieser Altersgruppe und damit insgesamt fast genau halb so viele wie 2007. 1 493 Patientinnen und Patienten waren im Jahr 2007 sogar jünger als 15 Jahre, fast doppelt so viele wie im Vorjahr (2006: 752). Gegenüber dem Jahr 2000 mit 587 Behandlungsfällen aufgrund Alkoholmissbrauchs von Jugendlichen unter 15 Jahren ist deren Anzahl sogar um 154,3 Prozent gestiegen.



Weitere Ergebnisse der Krankenhausstatistik enthält der Statistische Bericht „Krankenhausstatistik – Grunddaten, Diagnosen, und Kostennachweis 2007“. Er ist im Webshop (www.statistik.bayern.de/webshop) kostenlos als Datei erhältlich. Eine ungebundene Druckversion kann beim Landesamt zum Preis von 10,10 € bezogen werden.

Regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung für Bayern bis 2028

Bayerns Bevölkerung weiterhin stabil, Ergebnisse sind online verfügbar

Wie das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung mitteilt, liegen die Ergebnisse der aktuellen regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung für die 25 kreisfreien Städte und 71 Landkreise Bayerns vor. Die Bevölkerung Bayerns wächst demnach im Zeitraum von 2008 bis 2028 um rund 0,9 Prozent. Die demografische Entwicklung unterscheidet sich regional erheblich. Während der Regierungsbezirk Oberbayern mit einer Bevölkerungszunahme von über 7 Prozent binnen 20 Jahren rechnen kann, ist in den nord- und ostbayerischen Gebieten Bayerns ein Rückgang der Bevölkerung zu erwarten: Besonders die Regierungsbezirke Oberfranken (-9,6%) und Unterfranken (-5,6%) müssen sich auf merkliche Bevölkerungsverluste einstellen.

Nach den Ergebnissen der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung 2008 bis 2028 wird die Einwohnerzahl

Bayerns, ausgehend vom Stand zum 31.12.2008 mit rund 12,52 Millionen Personen, mittelfristig weiter zunehmen. Im Jahr 2020 wird die bayerische Bevölkerung mit rund 12,68 Millionen Personen ihr vorläufiges Maximum erreichen und danach konstant abnehmen. Im Jahr 2028 werden nach den jüngsten Berechnungen ca. 12,63 Millionen Menschen im Freistaat leben. Insgesamt errechnet sich damit für den Zeitraum von 2008 bis 2028 ein Bevölkerungswachstum in Bayern von rund 0,9 Prozent.

Die regionalisierte Bevölkerungsvorausberechnung des Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung wird nach einem deterministischen Komponentenmodell berechnet. Dabei wird davon ausgegangen, dass Annahmen über die Fertilität (konstante zusammengefasste Geburtenziffer, steigendes Alter der Mutter bei der Geburt), die Sterblichkeit (weiterhin steigende Lebenserwartung) und die Binnen-

und Außenwanderung strukturell auch in der Zukunft weiter bestehen. Die dargestellten Bevölkerungsentwicklungen sollten daher als Modellrechnungen betrachtet werden, die eine mögliche demografische Entwicklung auf Grundlage der oben genannten Parameter zeigen, wobei im Wesentlichen von konstanten Trends ausgegangen wird. Für die kommunalen Akteure heißt das, dass Handlungs- und Gestaltungsmöglichkeiten vor Ort bestehen, die die beschriebene Entwicklung noch beeinflussen können.

Die Ergebnisse der regionalisierten Bevölkerungsvorausberechnung 2008 bis 2028 sind erstmals kostenfrei im Internetangebot des Bayerischen Landesamts für Statistik und Datenverarbeitung verfügbar. Unter www.statistik.bayern.de/demografie stehen demografische Profile für den Freistaat, die Regierungsbezirke und alle Kreise und kreisfreien Städte zum Download bereit.

Neuer Pflegebedürftigkeitsbegriff

Nach über zweijährigen Beratungen hatte der beim Bundesgesundheitsministerium eingerichtete Expertenbeirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs im Januar 2009 einen neuen, weiter gefassten Pflegebedürftigkeitsbegriff empfohlen, der alle körperlichen und geistigen bzw. psychischen Einschränkungen und Störungen umfasst und auf den Grad der Selbstständigkeit der pflegebedürftigen Menschen abstellt.

Der Sozialausschuss des Deutschen Landkreistages hat sich mit der Überarbeitung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs befasst und wie folgt einstimmig beschlossen:

1. Die Einbeziehung kognitiver Veränderungen und psychischer Beeinträchtigungen in den Pflegebedürftigkeitsbegriff entspricht einer langjährigen Forderung des Deutschen Landkreistages. Der Sozialausschuss begrüßt, dass das Bundesgesundheitsministerium sowie maßgebliche Bundestagsabgeordnete sich positioniert haben, einen in diesem Sinne erweiterten Pflegebedürftigkeitsbegriff umzusetzen.
2. Ein besonderes Augenmerk ist auf die leistungsrechtliche Ausgestaltung zu legen. Mit Blick auf den Betroffenen und die subsidiäre Sozialhilfe sind dabei zugleich die finanziellen Auswirkungen zu betrachten. Insofern ist es erforderlich, offen und ehrlich über etwaige Mehrkosten für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff zu sprechen.
3. Der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff muss für das Recht der Pflegeversicherung im SGB XI sowie für die Sozialhilfe im SGB XII identisch gelten, um ein Auseinanderlaufen der Systeme zu vermeiden. Zu begrüßen ist insbesondere, dass Pflegebedürftigkeit nicht mehr wie bislang erst in erheblichem oder höherem Maße relevant sein, sondern bereits in geringem Umfang berücksichtigt werden soll. Dies bedeutet, dass es unterhalb des

untersten Bedarfsgrades I keine Pflegebedürftigkeit gibt. Die Schwierigkeiten im Umgang mit der bisherigen Pflegestufe 0 entfallen.

4. Insbesondere für demenzkranke Pflegebedürftige sind sozialräumliche Konzepte wichtig. Hier sind vielfältig niedrigschwellige Angebote vorhanden, die verbunden mit den kommunalen Angeboten im Bereich Wohnen, ÖPNV, Nachbarschaft und Familie auszubauen sind.
5. Nach wie vor ungeklärt ist die strukturelle und systematische Unterscheidung zwischen dem neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff und der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen. Aus pflegewissenschaftlicher Sicht spielt dies keine Rolle. Die unterschiedlichen Leistungsträger brauchen jedoch für die Praxis dringend eine praktikable leistungsrechtliche Abgrenzung.
6. Eine Begrenzung von Leistungen der Pflegeversicherung für pflegebedürftige Menschen mit Behinderung, die in einer Behinderteneinrichtung leben, ist nicht zu rechtfertigen. Auch diesen Menschen müssen die vollen Leistungen der Pflegeversicherung zugutekommen, zumal sie die Pflegeversicherungsbeiträge in voller Höhe entrichten.
7. Das für den neuen Pflegebedürftigkeitsbegriff entwickelte neue Begutachtungsassessment liefert für die Belange der Eingliederungshilfe für behinderte Menschen eine Vielzahl wichtiger Informationen. Es ermöglicht aber nicht die individuelle Bedarfsermittlung und Hilfeplanung für behinderte Menschen.

Umsetzungsbericht des Beirats zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs

Der Beirat zur Überprüfung des Pflegebedürftigkeitsbegriffs wird seine vorgeschlagenen fünf Bedarfsgrade weiter konkretisieren. Es wird empfohlen, den Bedarfsgrad 1 zur Erhaltung der Selbstständigkeit

und Vermeidung schwererer Pflegebedürftigkeit und stationärer Unterbringung und den Bedarfsgrad 5 für besonders schwere Bedarfslagen auszugestalten. Für Pflegebedürftige, die zum Zeitpunkt des Systemwechsels Leistungen auf Pflegeversicherung beziehen oder beantragt haben, wird ein Bestandsschutz empfohlen. Zugleich empfiehlt der Beirat, die Einführung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs mit der Diskussion um neue Strukturen der Leistungserbringung zu verbinden. Ziele der Ausrichtung sollten insbesondere sein:

1. Stärkere Förderung der ambulanten Versorgung und wohnortnahen Leistungen.
2. Sicherung der Vernetzung von ambulanten und stationären Leistungen; Überwindung der starren Grenzen zwischen diesen Bereichen.
3. Stärkung der Infrastruktur aus Leistungen der gesetzlichen Pflegeversicherung (z. B. durch den Ausbau der Pflegeberatung).
4. Verstärkte sozialräumliche Orientierung und ein besseres Zusammenwirken der Sozialleistungssysteme.
5. Stärkere Personenorientierung.

Mit Blick auf die finanziellen Auswirkungen bereitet der Umsetzungsbericht eine Reihe von Umsetzungsszenarien mit unterschiedlichen Geldbeträgen auf. Je nachdem, welche Annahmen zugrunde gelegt werden und welche Stellschrauben verändert werden, ist eine weitgehend kostenneutrale Lösung möglich oder sind Mehrausgaben von bis zu 3,6 Mrd. € zu erwarten, in der Regel für die Pflegeversicherung. Dies macht deutlich, dass noch schwierige Diskussionen auf die Politik zukommen werden.

Abzuwarten bleibt, wie der neue Pflegebedürftigkeitsbegriff nach der Bundestagswahl im September 2009 umgesetzt wird. Dabei wird es nach wie vor insbesondere auf die leistungsrechtliche Ausgestaltung im SGB XI sowie im SGB XII und auf die strukturelle und systematische Unterscheidung des neuen Pflegebedürftigkeitsbegriffs zur Eingliederungshilfe für behinderte Menschen ankommen.

Lissabon-Vertrag stärkt Kommunen in Brüssel

Mehr Sitze für die kommunalen Spitzenverbände

In letzter Zeit verdichten sich die Hinweise, dass sich nach Inkrafttreten des Lissabon-Vertrages die Zahl der deutschen Sitze im Ausschuss der Regionen von bisher 24 auf insgesamt 30 Sitze entsprechend der deutschen Bevölkerungszahl erhöht.

Für diesen Fall der Mandatserhöhung setzen sich die vier bayerischen kommunalen Spitzenverbände und der Deutsche Landkreistag nachhaltig dafür ein, dass mindestens drei der zusätzlichen Sitze der kommunalen Seite zugutekommen, die selbst dann nur sechs von dreißig Sitzen der deutschen Delegation innehatte.

Für diese Forderung gibt es gute Gründe: Die Gemeinden, Städte, Landkreise und Bezirke sind die Körperschaften an der Basis und nahe an den Bürgerinnen und Bürgern. Sie haben das EU-Recht umzusetzen und werden auch vor Ort für auftretende Defizite verantwortlich gemacht. Außerdem sind im Vertrag von Lissabon kommunale Weichenstellungen enthalten. Erstmals wird das **kommunale Selbstverwaltungsrecht** ausdrücklich erwähnt und der bisher nur zögerlich verwirklichte **Grundsatz der Subsidiarität** betont. Schließlich wurde auch den kommunalen Belangen unter dem Stichwort

„Daseinsvorsorge“ bei den Begleitgesetzen infolge des Urteils des Bundesverfassungsgerichts zum Lissabon-Vertrag erhebliches Gewicht beigegeben.

Eine Erhöhung der kommunalen Mandate im Ausschuss der Regionen wäre nur folgerichtig und sachgerecht. Immerhin ist der Ausschuss der Regionen die einzige institutionalisierte Beteiligungsmöglichkeit für die Kommunen auf der europäischen Ebene. Nur eine erhöhte kommunale Mitsprache in Europa kann zu einer verbesserten Akzeptanz vor Ort beitragen.

Übersicht über kommunalrelevante Förderprogramme der EU

Das Europabüro des Deutschen Landkreistags (DLT) hat seine – bereits 2007 erstellte – Zusammenstellung kommunalrelevanter Förderprogramme der EU mit weiterführenden Links erneut aktualisiert. Sie umfasst neben Programmen, die sich direkt an Landkreise richten und solchen, von denen die deutschen Landkreise mittelbar profitieren können, auch eine Darstellung der Fördermittelverteilung im Rahmen der EU-Kohäsionspolitik. Diese Übersicht wurde auf den aktuellen Stand gebracht und um ein thematisches Programm zur Förderung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit ergänzt. Im Rahmen der Darstellung des Programms „Europa für BürgerInnen und Bürger“ wurden nützliche Hinweise zur gelungenen Antragstellung aufgenommen.

Der Umfang der Übersicht ist unter Aufnahme eines weiteren Förderprogramms auf 64 Seiten angewachsen. Nach wie vor beinhaltet die Übersicht auch die Themen Beschäftigung und Soziales, Kultur und Medien, Bildung, Jugend, Justiz und Inneres, Umwelt und Gesundheit, Forschung und Innovation und Außenhilfe. Die einzelnen Programme werden wie bisher jeweils mit Zielen, förderfähigen Maßnahmen, förderungsfähigen Antragstellern und Förderbedingungen sowie weiterführenden Informationen vorgestellt.

Neu aufgenommen wurde das thematische Programm „nichtstaatliche Akteure und lokale Behörden im Entwicklungsprozess“, das sich im Wesentlichen auf die Förderung kommunaler Entwicklungszusammenarbeit konzen-

triert. Daneben wurde die Darstellung des „Europäischen Landwirtschaftsfonds für die Entwicklung des ländlichen Raums“ (ELER) infolge der Änderungen im Rahmen der „Gesundheitsüberprüfung der Gemeinsamen Agrarpolitik (GAP)“ auf den neuesten Stand gebracht. Das Programm „Europa für BürgerInnen und Bürger“ wurde um Hinweise zur gelungenen Antragstellung ergänzt.

Die Übersicht zu **kommunalrelevanten Förderprogrammen** der EU wurde insbesondere durch umfassendere und aktualisierte Links insgesamt überarbeitet und steht auf dem Internetauftritt des DLT unter der Adresse www.landkreistag.de → Europa → EU-Förderprogramme zum Download bereit.

Termine

Die Landkreisversammlung 2010 findet am 19. und 20. Mai im Landkreis Landshut statt; die Landrätetagung wird in den Landkreisen Weißenburg-Gunzenhausen/Roth am 13. und 14. Oktober 2010 veranstaltet.

Oberfränkische Landräte informieren sich in Brüssel

Der Bezirksverband Oberfranken des Bayerischen Landkreistags hat unter Vorsitz von Landrat Reinhard Leutner, Lichtenfels, in Brüssel aktuelle kommunalpolitische Fragen erörtert. Die oberfränkische Delegation, der auch Regierungspräsident Wilhelm Wenning und das Geschäftsführende Präsidialmitglied des Bayerischen Landkreistags Johannes Reile angehörten, wurden in der Bayerischen Vertretung von der Leiterin, Ministerialdirigentin Heidrun Piwernetz, herzlich willkommen geheißen. Der Leiter des Brüsseler Büros des Deutschen Sparkassen- und Giroverbandes, Dr. Lothar Blatt-von Raczek informierte die Landräte über aktuelle Chancen und Herausforderungen für die Sparkassen innerhalb der Europäischen Union. Weitere Themen waren das EU-Vergaberecht mit den Auswirkungen der Rechtsprechung des Europäischen Gerichtshofes auf die Kommunen und die Interkommunale Zusammenarbeit.

Über die Zukunft der EU-Regionalpolitik und die damit verbundenen Chancen für Oberfranken referierte der zuständige Abteilungsleiter der Europäischen Kommission Christopher Todd von der Generaldirektion Regionalpolitik. Die für Ober- und Unterfranken zuständige Europaabgeordnete Dr. Anja Weisgerber begrüßte die Delegation aus Oberfranken im Europäischen Parlament. Hier wurden aktuelle Auswirkungen der EU-Gesetzgebung in der Praxis diskutiert. Themen waren unter anderem die EU-Dienstleistungsrichtlinie, die Arbeitszeitrichtlinie und aktuelle Probleme beim Verbraucherschutz.

Höhepunkt des Besuchs war ein Besuch der oberfränkischen Landräte und des Regierungspräsidenten im Berlaymont-Gebäude der Europäischen Union. Der Vizepräsident der Europäischen Union, Günter Verheugen hat es sich nicht nehmen lassen, die oberfränkische Delegation persönlich zu begrüßen. Anschließend stand Vizepräsident Günter Ver-

heugen im Konferenzraum der Europäischen Kommission den Landräten Rede und Antwort zu aktuellen Themen. Es wurden vor allem die Auswirkungen der Wirtschafts- und Finanzkrise angesprochen, aber auch Entscheidungen der EU-Kommission mit ihren Auswirkungen auf die Kommunalpolitik ausführlich diskutiert. Kommissionsvizepräsident Günter Verheugen kannte viele der anwesenden Landräte noch aus seiner Tätigkeit als Bundestagsabgeordneter in Oberfranken.

Ein Besuch bei der Interessenvertretung der Bayerischen Kommunen in Brüssel rundete das Besuchsprogramm ab. Andrea Gehler und Natalie Häusler vom Europabüro informierten die Landräte sehr anschaulich über die Einordnung der kommunalen Daseinsvorsorge mit den kommunalen Zuständigkeiten in das EU-Wettbewerbsrecht. Speziell wurde hier die Situation der kommunal geführten Krankenhäuser innerhalb des gemeinsamen Marktes angesprochen.



Ministerialrat Gunnar Wiegand von der Bayerischen Vertretung in Brüssel, Geschäftsführendes Präsidialmitglied Johannes Reile, Bayerischer Landkreistag, Landrat Reinhard Leutner, Verbandsvorsitzender Bezirksverband Oberfranken, Landkreis Lichtenfels, Regierungspräsident Wilhelm Wenning, Landrat Klaus Peter Söllner, Landkreis Kulmbach, Landrat Oswald Marr, Landkreis Kronach, Landrat Bernd Hering, Landkreis Hof, Vizepräsident der Europäischen Kommission Günter Verheugen, Landrat Michael Busch, Landkreis Coburg, Landrat Hermann Hübner, Landkreis Bayreuth, Landrat Dr. Karl Döhler, Landkreis Wunsiedel (von links nach rechts) während der Informationsfahrt.

Landkreis Fürstentfeldbruck: Koordinierende Kinderschutzstelle nimmt Arbeit auf

Im Landratsamt Fürstentfeldbruck ist seit Mitte Juli 2009 die Koordinierende Kinderschutzstelle (KOKI) installiert. Diese neu geschaffene Clearing-, Koordinierungs- und Vernetzungsstelle kommt dem gesetzlichen Auftrag der Jugendhilfe und dem gesamtgesellschaftlichen Anliegen nach, positive Lebensbedingungen für Kinder und Eltern zu fördern.

Ziel ist es, werdende Eltern und Eltern mit Babys oder Kleinkindern in besonderen Lebenslagen präventiv, frühzeitig und niederschwellig passgenaue Angebote vermitteln. Auf diese Weise sollen die elterliche Erziehungskompetenz

gestärkt und Überforderungssituationen vermieden werden.

Jugendhilfeausschuss und Jugendhilfeunterausschuss des Landkreises haben sich im Vorfeld intensiv mit der Thematik Kinderschutz beschäftigt. In der Jugendhilfeausschusssitzung vom 01.12.2008 wurde letztlich beschlossen, die Koordinierende Kinderschutzstelle im Landratsamt mit 1,5 Planstellen zu schaffen. Diese wird von der Regierung von Oberbayern bezuschusst. Landrat Thomas Karmasin begrüßt diese Entscheidung: „Gerade bei Kindern ist es wichtig, die Weichen möglichst früh richtig zu stellen.“

Derzeit sind zwei Sozialpädagoginnen damit beschäftigt, bestehende Angebote rund um Schwangerschaft, Kind und Familie zu erfassen. Auf der Basis dieser Ergebnisse soll ein „Netzwerk frühe Kindheit im Landkreis Fürstentfeldbruck“ mit familienbezogenen Dienstleistern, dem Gesundheitswesen und Akteuren der öffentlichen und freien Jugendhilfe geknüpft werden.

Diese Anlauf- und Informationsstelle ist im Bürgerservicezentrum des Landratsamtes Zimmer B 215 zu finden und unter den Telefonnummern 08141 519-256 und -692 sowie unter der E-Mail-Adresse koki@ira-ffb.de erreichbar.

Landkreis Hof: Start frei für das größte Bauprojekt

Mit über 52 Mio. € Investitionskosten startete der Landkreis Hof das in seiner Geschichte größte Hochbauprojekt, die Sanierung der Gymnasien Münchberg und Naila sowie der Realschulen Helmbrechts und Naila. Erstmals baut der Landkreis dabei im Rahmen eines

PPP-Projekts (Public Private Partnership), also in einer öffentlich-privaten Partnerschaft. 2.700 Schülerinnen und Schüler werden nach Beendigung der Bauarbeiten, die für Dezember 2011 geplant sind, von zeitgemäßen Rahmenbedingungen und Ausstattungen

profitieren. Auf 26,3 Mio. € summiert sich der Betrieb der vier Schulen für die nächsten 20 Jahre - das beinhaltet Wartungen, Inspektionen, Instandhaltung, Hausmeisterdienste und Ähnliches.

Landkreis Hof: VHS führend in Oberfranken und Bayern

Die Arbeitsgemeinschaft der Volkshochschulen im Landkreis Hof zählt zu den leistungsfähigsten in Bayern. 2008 lag sie mit ihrer Unterrichtsleistung in Oberfranken auf Platz 1. Mit 83.000 durchgeführten Unterrichtsstunden ist sie die größte Landkreis-Volkshochschule in Bayern. Bei 1.300 Veranstaltungen erreichte sie über

17.000 Teilnehmer. Neben dem klassischen Weiterbildungsangebot in Sprachen, Gesundheit, Kultur, Gesellschaft und Beruf legt die VHS Landkreis Hof besonderen Wert darauf, dass auch bildungsferne und benachteiligte Gruppen die Möglichkeit zur Weiterbildung wahrnehmen können. Deshalb gibt es auch ein umfangreiches differenziertes Ange-

bot für berufsunreife Jugendliche, für Zugewanderte und für Arbeitslose. Mit der angeschlossenen Musikschule des Landkreises Hof kommt die VHS auf 100 hauptamtliche Mitarbeiter und 350 frei- und nebenberufliche Dozenten und Kursleiter. Der Jahresumsatz beträgt 6,3 Mio. €.

Landkreis Hof: Ein Solo für den Landrat

Einen ungewöhnlichen Kursleiter gibt es bei der Arbeitsgemeinschaft der Volkshochschulen im Landkreis Hof: Landrat Bernd Hering persönlich unterrichtet an drei Kursabenden zum Thema „Schaf-

kopf - ein Stück Kultur neu entdeckt“ im oberfränkischen Bauernhofmuseum Kleinlosnitz/Zell im Fichtelgebirge (Landkreis Hof). Als passionierter und bei den Gegnern gefürchteter Schaf-

kopfspieler kennt sich Hering seit Kindesbeinen mit der Materie aus. Die Kurse umfassen neben Spielanleitungen auch pädagogische und historische Hinweise.

Landkreis Hof: VHS hilft bei Jobsuche

Die VHS Landkreis Hof nimmt eine neue Zielgruppe ins Visier: Junge Erwachsene mit abgeschlossener Berufsausbildung im kaufmännischen oder gewerblichen

Bereich, die vom Ausbildungsbetrieb nicht oder nur für kurze Zeit übernommen wurden. Für sie bietet die Landkreis-VHS jetzt den Vollzeitkurs „Pra-

xistraining für Arbeitslose“ an. Ziel: Die Ausbildungsabsolventen ohne zeitliche Verzögerung in eine Beschäftigung vermitteln.

Landkreis Lichtenfels: Umweltfreundliche Wärmeversorgung für die landkreiseigenen Liegenschaften

Das Landratsamt Lichtenfels setzt auf grüne Energie und hat die Stadtwerke Lichtenfels und die E.ON Bayern Wärme GmbH mit dem Bau und dem Betrieb eines Biomasseheizwerkes mit Nahwärmenetz mit einem Investitionsvolumen von rund 1,1 Millionen Euro beauftragt. Dazu soll die BHL Biomasse Heizanlage Lichtenfels GmbH gegründet werden. Die BHL wird dann eine vollautomatische Biomasseanlage in unmittelbarer Nähe errichten und nach der Fertigstellung auch die Betriebsführung einschließlich des 24-Stunden-Bereitschaftsdienstes übernehmen. Erste Bürgermeisterin Dr. Bianca Fischer freute sich besonders über die gelungene interkommunale Zusammenarbeit, da dadurch auch die Zukunftsfähigkeit der Lichtenfelser Stadtwerke gestärkt wird.

Der Auslöser für das Konzept war die Intention des Landkreises Lichtenfels, die landkreiseigenen Liegenschaften in der Kronacher Straße mit einer regenerativen Nahwärmeversorgung auszustatten. Handlungsbedarf bestand zudem beim altersbedingten Austausch der Gaskesselanlage im Meranier-Gymnasium im Winter 2008/2009.

Der neue Gaskessel wurde bereits im Dezember 2008 in Betrieb genommen und soll in dem geplanten Biomasseheizwerk als Spitzen- und Redundanzkessel dienen. Da die Wärmeabnahme des Gymnasiums allein nicht ausreicht, um ein Biomasseheizwerk wirtschaftlich betreiben zu können, ist die Realisierung vom Anschluss weiterer örtlicher Liegenschaften in unmittelbarer Nähe abhängig.

Als Biomasse soll ausschließlich Wald- und Sägerestholz aus der Region zum Einsatz kommen; benötigt werden rund 850 Tonnen pro Jahr. Die umweltfreundlich erzeugte Wärme - jährlich rund 1.850 Megawattstunden - könnte dann den Wärmebedarf der in die Planung mit einbezogenen sieben Liegenschaften decken.

Da bei der Verbrennung von Biomasse nur die Kohlendioxidmenge freigesetzt wird, die den pflanzlichen Stoffen der Atmosphäre vorher entzogen wurden, erfolgt die Energieerzeugung CO₂-neutral. „Im Vergleich zur Versorgung mit fossilen Energien kann die moderne

Biomasseanlage den Ausstoß des klimaschädlichen CO₂ in Lichtenfels um circa 550 Tonnen jährlich reduzieren“, betonte Landrat Reinhard Leutner, der bereits seit rund 15 Jahren den Einsatz der regenerativen Energien im Landkreis forciert. Kristallisationspunkt dieser Strategie sind die Lichtenfelser Sonnentage (siehe auch Seite 16).

Neben der Umwelt soll auch die regionale Forstwirtschaft, die sich als Rohstofflieferant ein Zusatzeinkommen sichern kann, profitieren. Mit dem siebenstelligen Investitions-Volumen will die BHL nicht nur Arbeitsplätze in der Forstwirtschaft sichern. Die ausführenden



Unter einen Schirm geholt hat das Landratsamt Lichtenfels die Stadtwerke Lichtenfels und die e.on Bayern Wärme GmbH; von rechts: Dietmar Weiß, Leiter Stadtwerke, Landrat Reinhard Leutner, Ludwig Schiebler (e.on), Bürgermeisterin Dr. Bianca Fischer, Stadtrat Georg Meißner, Burkard Butz (e.on)

den Firmen sollen durchwegs aus Bayern beziehungsweise aus der Region stammen.

Die gesamte Technik soll in einem zentralen Heizwerksgebäude installiert werden. Nach der Planung liegt das Heizwerk oberirdisch; der Hackschnitzelbunker, in dem die Biomasse gelagert wird, liegt unter der Erdoberfläche, so dass er durch Abkippen befüllt wer-

den kann. Der Technikbereich besteht im Wesentlichen aus einem Biomassekessel mit einer Wärmeleistung von maximal 850 kW und einem Spitzenlast- und Reservekessel auf Gasbasis mit einer Wärmeleistung von bis zu 700 kW. Dort befinden sich auch alle übrigen technischen Einrichtungen wie Umwälzpumpen, Druckhaltung, Pufferspeicher sowie alle elektro- und leittechnischen Anlagen.

In der beabsichtigten Kooperation übernehmen die Stadtwerke Lichtenfels als städtischer Eigenbetrieb mit ihrem örtlichen Fachpersonal den Betrieb des Heizwerkes, während die E.ON Bayern Wärme GmbH, eine 100%-Tochter der E.ON Bayern AG, ihre langjährige Erfahrung in der Wärme- und Kälteversorgung von Wohn-, Geschäfts- und kommunalen Gebäuden durch unterschiedlichste Heizsysteme mit einbringt.

Landkreis Nürnberger Land: Expertengespräch zur Sicherung von Beschäftigung

Landrat Armin Kroder, Nürnberger Land, will der aktuellen Wirtschaftskrise entschlossen begegnen und hat daher Vertreter aus Wirtschaft, Politik und Kirche zu einem Gespräch eingeladen. Ziel war es auszuloten, wie man vor Ort heimische Firmen bei der Beschäftigungssicherung unterstützen kann.

Vertreter von Arbeitgebern, IG-Metall, IHK und HWK, Kreditinstituten, Arbeitsagentur, Gemeindetag, Wirtschaftsförderung und Kirche erörterten die aktuelle Lage aus ihrer jeweiligen Sicht. Als wich-

tigster Punkt wurde die Beschäftigungssicherung anerkannt.

Als konkrete Maßnahmen wurden die Einrichtung einer zentralen Servicetelefonnummer und eines Beratungsangebotes angeregt. Das Beratungsangebot soll vor allem für kleine und mittlere Unternehmen zur Verfügung stehen, die selbst keine Finanz-, Personal- oder Rechtsabteilung haben. Ein Ansprechpartner aus der Wirtschaftsförderung im Landratsamt soll die Verbindung von Ratsuchenden und kompetenten Beratern aus den Bereichen Wirtschaft, Ban-

ken, Gewerkschaft und Arbeitsagentur herstellen.

Alle Teilnehmer der Runde sprachen sich für eine enge Zusammenarbeit aller Verantwortlichen und einen konstruktiven Dialog, der über kurzfristige Quartalsorientierung deutlich hinausgeht, aus. Die aktuelle Krisenlage kann bewältigt werden, wenn jede Seite ihren Beitrag leistet und alle gemeinsam ihr Handeln am Ziel der Beschäftigungs- und Kompetenzsicherung sowie am Erhalt und der Existenzsicherung der von der Krise betroffenen Unternehmen ausrichtet.

Landkreis Fürth: Modellstandort für das Aktionsprogramm Kindertagespflege

Die Bundesregierung hat 2008 das mehrstufige „Aktionsprogramm Kindertagespflege“ gestartet. Gebietskörperschaften konnten Konzepte entwickeln und einreichen, wie sie die Kindertagespflege weiterentwickeln wollen. Auch der Landkreis Fürth hat sich beworben und nun – zusammen mit ca. 165 anderen Bewerbern – die Aufnahme als Modellstandort in das Programm sowie die damit verbundene Förderzusage erhalten.

Demnach wird das Konzept des Landkreises Fürth zur quantitativen und

qualitativen Verbesserung der Kindertagespflege mit rund 90.000 Euro bezuschusst. Insgesamt rechnet der Landkreis Fürth mit Kosten in Höhe von rund 150.000 Euro. Damit ergibt sich eine Förderquote von 60 Prozent.

Das Aktionsprogramm verfolgt ein ehrgeiziges Ziel: Bis zum Jahre 2013 sollen bundesweit durchschnittlich 35 Prozent der Kinder unter drei Jahren einen Betreuungsplatz erhalten. Darauf hatten sich Bund, Länder und Kommunen verständigt. Etwa 30 Prozent der Plätze sollen als Kindertagespfle-

ge angeboten werden. Tagespfleger/innen betreuen Kinder entweder im Haushalt der Eltern, in ihrem eigenen Haushalt oder in anderen geeigneten Räumen. „Die Kindertagespflege ist besonders flexibel und familiennah und deshalb bei immer mehr Eltern beliebt. Sie muss deshalb auch im Landkreis Fürth weiter ausgebaut werden“, sagt Landrat Matthias Dießl. „Mir ist dabei besonders wichtig, dass wir nicht nur quantitativ, sondern auch qualitativ vorwärts kommen. Das können wir nun durch die Förderung besser gewährleisten.“

Vor allem Berufseinsteigerinnen mit pädagogischer Ausbildung, arbeitssuchende Erzieherinnen, Kinderpflegerinnen, andere pädagogische Fachkräfte sowie Berufsrückkehrer sollen dafür gewonnen werden, Tagesmutter bzw. Tagesvater zu werden. In Zukunft müssen sich Interessierte mit 160 Stunden (statt bisher 100 Stunden) für diese Aufgabe qualifizieren. Der Landkreis Fürth hat bereits im Juli die Weichen für den quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagespflege gestellt: So wurde im Jugendhilfeausschuss beschlossen, die Vergütungssätze für Kindertagespflege-Personen, also Kindertages-Mütter oder -Väter, vom 1. September 2009 an zu erhöhen.

„Wir freuen uns sehr, dass wir als Modellstandort am Aktionsprogramm teilneh-

men, können wir damit doch unsere Pläne im Bereich der Kindertagespflege viel schneller vorantreiben“, sagt der Landrat. Schon im Vorfeld wurde mit dem fmf Familienbüro gGmbH sowie mit der Agentur für Arbeit Nürnberg ein Kooperationsvertrag abgeschlossen. Nachdem das Familienbüro nicht nur für den Landkreis Fürth, sondern auch für den Landkreis Erlangen-Höchstadt und die Städte Nürnberg und Fürth arbeitet, können Synergieeffekte besonders in der Öffentlichkeitsarbeit und im Bereich der Qualifikationskurse genutzt werden.

Nach einer Auswertung der Wartelisten der Betreuungseinrichtungen im Landkreis Fürth und einer in Auftrag gegebenen Geburtenprognose müssen in hiesigen Landkreis noch mindestens

300 Betreuungsplätze für U3-Kinder geschaffen werden, wobei ca. 30 % der Plätze auf die Tagespflege (ca. 120 Plätze) entfallen sollen.

Im Rahmen des Aktionsprogramms soll daher ein Gesamtkonzept zum quantitativen und qualitativen Ausbau der Kindertagespflege im Landkreis Fürth einschließlich einer angemessenen Vertretungsregelung erstellt werden. Über eine Kooperation mit der Agentur für Arbeit sollen neue Tagespflegepersonen gewonnen werden.

Der „Runde Tisch Familie“, ein Unterausschuss des Jugendhilfeausschusses im Landkreis Fürth, der auch mit der Umsetzung des Familienpolitischen Leitbildes betraut ist, wird das Projekt mit begleiten.



Landrat **Bernd Hering** wurde der Bayerische Verdienstorden verliehen. Die Auszeichnung übergab - wie bei den nachstehend aufgeführten Landräten - Ministerpräsident Horst Seehofer im Juli 2009 in München. Bernd Hering ist seit 1996 Landrat des Landkreises Hof. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Präsidium und im Ausschuss für Wirtschafts- und Verkehrsfragen. Darüber hinaus vertritt er den Bayerischen Landkreistag in der Fachbereichskonferenz der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege, in der Mitgliederversammlung der Europäischen Bewegung Bayern und in der Lenkungsgruppe des Modellversuchs Denkmalpflege. Er ist Stellvertreter im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft. Bernd Hering war von 1986 bis 1996 Mitglied des Landtags und ist Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande und der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber.



Der Bayerische Verdienstorden wurde ebenfalls Landrat **Heinrich Trapp** verliehen. Heinrich Trapp ist seit 1991 Landrat des Landkreises Dingolfing-Landau. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Ausschuss für Wirtschafts- und Verkehrsfragen. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag im Verwaltungsrat der Bayerischen Verwaltungsschule, in der Vertreterversammlung des Bayerischen Gemeindeunfallversicherungsverbands und im Verwaltungsrat der Zusatzversorgungskasse der bayerischen Gemeinden. Zudem ist er Stellvertreter im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft. Heinrich Trapp war von 1986 bis 1991 Mitglied des Bayerischen Landtags. Er ist auch Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande und der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber.

Darüber hinaus vertritt er den Bayerischen Landkreistag im Vorstand des Bayerischen Gemeindeunfallversicherungsverbandes, im Verwaltungsrat des Bayerischen Versorgungsverbandes und in der Hauptversammlung der Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern. Simon Wittmann war von 1984 bis 1987 und von 1990 bis 1996 Abgeordneter des Deutschen Bundestages und ist Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande und der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber.



Landrat **Rudolf Handwerker** erhielt die Kommunale Verdienstmedaille in Silber. Rudolf Handwerker ist seit 1990 Landrat des Landkreises Haßberge. Im Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. mit im Ausschuss für Verfassungs-, Rechts- und Kulturfragen. Darüber hinaus vertritt er den Bayerischen Landkreistag im Landesausschuss des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands und im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausgesellschaft und er ist Stellvertreter im Rat der Fachhochschule für öffentliche Verwaltung und Rechtspflege und im Krankenhausplanungsausschuss des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Sozialordnung, Familie und Frauen.



Der Bayerische Verdienstorden wurde auch Landrat **Simon Wittmann** verliehen. Simon Wittmann ist seit 1996 Landrat des Landkreises Neustadt a. d. Waldnaab. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u. a. im Präsidium mit.



Landrat Theo Zellner wurde am 27. November 2009 die Bayerische Verfassungsmedaille in Silber verliehen. Theo Zellner ist seit 1996 Landrat des Landkreises Cham. Seit 2000 lei-

tet Theo Zellner als Präsident den Bayerischen Landkreistag. Er vertritt den Bayerischen Landkreistag im Beirat der Bayerischen Landesbodenkreditanstalt, im Vorstand und Kommunalen Beirat des Sparkassenverbands Bayern und im Kuratorium der Bayerischen Volksstiftung. Er ist Vizepräsident des Deutschen Landkreistags. Theo Zellner ist Träger des Bundesverdienstkreuzes am Bande, der Kommunalen Verdienstmedaille in Silber und des Bayerischen Verdienstordens.



Landrat Georg Huber feiert am 6. Januar 2010 seinen 60. Geburtstag. Georg Huber ist seit 2002 Landrat des Landkreises Mühldorf a. Inn. Beim Bayerischen Landkreistag

wirkt er u.a. mit als Vorsitzender im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen. Darüber hinaus vertritt er den Bayerischen Landkreistag im Umwelt und Planungsausschuss des Deutschen Landkreistags und im Beirat der Bayerischen Gartenakademie; zudem ist er Stellvertreter im Vorstand des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands. Georg Huber ist Träger der Kommunalen Verdienstmedaille in Bronze.



Am 27. November 2009 wurde Landrat **Hansjörg Christmann** mit der Bayerischen Verfassungsmedaille in Gold ausgezeichnet. Hansjörg Christmann ist seit 1977 Land-

rat des Landkreises Dachau und sogar der dienstälteste Landrat Deutschlands. Beim Bayerischen Landkreistag wirkt er u.a. mit im Landesausschuss. Er ist zudem Träger des Bundesverdienstkreuzes Erster Klasse, des Bayerischen Verdienstordens und der Kommunalen Verdienstmedaille in Gold. Bereits 2004 wurde ihm die Bayerische Verfassungsmedaille in Silber verliehen.



Landrat Johann Fleischhut erhielt die Kommunale Verdienstmedaille in Bronze. Johann Fleischhut ist seit 2002 Landrat des Landkreises Ostallgäu. Im Bayerischen Landkreistag wirkt

er u. a. mit im Landesausschuss und im Ausschuss für Landesentwicklung und Umweltfragen. Darüber hinaus vertritt er den Bayerischen Landkreistag im Landesausschuss des Bayerischen Kommunalen Prüfungsverbands, im Kuratorium des Bayerischen Volksbildungsbands und im Hauptausschuss der Bayerischen Krankenhausesellschaft.

Soweit bei Redaktionsschluss bekannt, feiern folgende Kreisrätinnen und Kreisräte im **November, Dezember 2009** und im **Januar, Februar** und **März 2010** runde Geburtstage:

Oberbayern

November

Im Landkreis Ebersberg wurde Kreisrat Josef Zistl aus Kleinrohrsdorf am 13.11.2009 60 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrätin Eva Gottstein aus Eichstätt im gleichnamigen Landkreis am 12.11.2009.

Kreisrätin Anna-Maria Sahlmüller aus Freising im gleichnamigen Landkreis wurde am 2.11.2009 65 Jahre alt.

Kreisrat und Bürgermeister Dr. Klaus Bühler aus Kaufering im Landkreis Landsberg a. Lech feierte am 24.11.2009 den 65. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Landsberg am Lech wurde Kreisrat Norbert Sepp aus Kaufering am 10.11.2009 70 Jahre alt.

Kreisrat Florian Ernstberger, Landkreis München, feierte am 7.11.2009 den 50. Geburtstag.

Kreisrätin Inge Eberle aus Schrobenhausen im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen wurde am 20.11.2009 60 Jahre alt.

Im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm feierte Kreisrat und Erster Bürgermeister Dieter Huber aus Rohrbach am 7.11.2009 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Hans Prechter aus Pfaffenhofen a. d. Ilm im gleichnamigen Landkreis wurde am 14.11.2009 60 Jahre alt.

Am 17.11.2009 feierte Kreisrat Christoph Niederthanner aus Nußdorf a. Inn im Landkreis Rosenheim den 65. Geburtstag.

Kreisrat Josef Ranner, MdL a. D., aus Bad Aibling im Landkreis Rosenheim wurde am 10.11.2009 70 Jahre alt.

Im Landkreis Weilheim-Schongau feierte Kreisrätin Marianne Porscher-Rohrer am 25.11.2009 den 60. Geburtstag.

Dezember

Kreisrat Johann Aicher aus Feichten a. d. Alz im Landkreis Altötting wird am 7.12.2009 65 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Johann Wieser aus dem Landkreis Fürstentfeldbruck am 5.12.2009.

Am 24.12.2009 feiert Kreisrat Hans Putzer aus Holzkirchen im Landkreis Miesbach den 60. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dr. Bernhard Grmehling aus Neuburg a. d. Donau im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen am 10.12.2009.

Kreisrat und Erster Bürgermeister Albert Vogler aus Schweitenkirchen im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm wird am 30.12.2009 50 Jahre alt.

Im Landkr. Starnberg feiert Kreisrat Peter Unger am 16.12.09 den 65. Geburtstag.

Januar

Im Landkr. Dachau wird Kreisrat Dr. Bernhard Räßle am 20.1.2010 50 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Johanna Weigl-Mühlfeld aus Baiern im Landkreis Ebersberg am 4.1.2010.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Hans Schwimmer aus St. Wolfgang im Landkreis Erding am 8.1.2010.

Am 21.1.2010 wird Kreisrat Siegfried Massier aus Nandlstadt im Landkreis Freising 70 Jahre alt.

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat und Bürgermeister Herbert Kirsch aus Dießen am Ammersee im Landkreis Landsberg a. Lech am 2.1.2010.

Am 5.1.2010 wird Kreisrat Benedikt Hager aus Hofstetten im Landkreis Landsberg a. Lech 50 Jahre alt.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Elfriede Junker aus Dießen a. A. im Landkreis Landsberg a. Lech am 6.1.2010.

Kreisrat und Stellvertretender Landrat Franz Rothmeier aus Münchsmünster im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm wird am 27.1.2010 60 Jahre alt.

Kreisrat und MdL a. D. Alois Glück aus Traunwalchen im Landkreis Traunstein feiert am 24.1.2010 den 70. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Traunstein feiert Kreisrat und Erster Bürgermeister Claus Pichler aus Ruhpolding am 30.1.2010 den 50. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Erster Bürgermeister Johann Schild aus Fridolfing im Landkreis Traunstein am 31.1.2010.

Kreisrat Karl-Heinz Gerbl aus Schongau im Landkreis Weilheim-Schongau wird am 27.1.2010 50 Jahre alt.

Februar

Kreisrätin Dagmar Wasserrab aus Burghausen im Landkreis Altötting feiert am 7.2.2010 den 60. Geburtstag.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Dieter Kämpf aus Markt Schwaben im Landkreis Ebersberg am 20.2.2010.

Kreisrat Martin Huber aus Taufkirchen im Landkreis Erding feiert am 3.2.2010 den 50. Geburtstag.

Am 23.2.2010 wird Kreisrätin und Bürgermeisterin Viktoria Horber aus Denklingen, Landkreis Landsberg a. Lech, 60 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Anton Staudacher aus Tegernsee im Landkreis Miesbach am 9.2.2010.

Kreisrat Harald Jungbauer aus Waldkraiburg im Landkreis Mühldorf a. Inn wird am 10.2.2010 50 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Thomas H. Jaeger aus Unterhaching im Landkreis München am 8.2.2010.

Den 75. Geburtstag feiert Kreisrat Hubertus Lindner aus Grünwald, Landkreis München, am 10.2.2010.

Im Landkreis Neuburg-Schrobenhausen wird Kreisrat Paul Strixner aus Ehekirchen am 1.2.2010 50 Jahre alt.

Kreisrat Christian Staudter aus Geisenfeld im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm feiert am 13.2.2010 den 60. Geburtstag.

Ebenfalls das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Max Weichenrieder aus Wolnzach im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm am 25.2.2010.

Kreisrat Georg Pritzl aus Bruckmühl im Landkreis Rosenheim wird am 7.2.2010 50 Jahre alt.

Im Landkreis Starnberg feiert Kreisrat Martin Fink aus Gilching am 5.2.2010 den 60. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat und weiterer Stellvertretender Landrat Georg Klausner aus Chieming im Landkreis Traunstein am 8.2.2010.

März

Kreisrat Heinrich Hollinger aus Tüßling im Landkreis Altötting wird am 17.3.2010 60 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Christa Seemann aus Burghausen im Landkreis Altötting am 19.3.2010.

Kreisrat Heinz Eichinger aus Vierkirchen im Landkreis Dachau feiert am 27.3.2010 den 60. Geburtstag.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Richard Lacher aus Kösching im Landkreis Eichstätt am 13.3.2010.

Am 4.3.2010 wird Kreisrat und Bürgermeister Willibald Schneider aus Pollenfeld im Landkreis Eichstätt 60 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet auch Kreisrat Peter Schöpfel aus dem Landkreis Eichstätt am 10.3.2010.

Ebenfalls im Landkreis Eichstätt feiert Kreisrat Josef Sonner aus Großmehring am 23.3.2010 den 60. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Bürgermeister Josef Lohr aus Oberdolling im Landkreis Eichstätt am 12.3.2010.

Am 10.3.2010 feiert Kreisrat Peter Attenhauser aus Taufkirchen im Landkreis Erding den 50. Geburtstag.

Am 28.3.2010 wird Kreisrat Marinus Weindl aus Schaftlach im Landkreis Miesbach 70 Jahre alt.

Kreisrätin Susanne Engelmann aus Waldkraiburg im Landkreis Mühldorf a. Inn wird am 29.3.2010 50 Jahre alt.

Das 75. Lebensjahr vollendet Kreisrat Hans Liebl aus Mühldorf a. Inn im gleichnamigen Landkreis am 15.3.2010.

Am 10.3.2010 feiert Kreisrat und Altlandrat Rudolf Engelhard aus Wolnzach im Landkreis Pfaffenhofen a. d. Ilm den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Rosenheim wird Kreisrätin Brunhilde Rothdäuscher aus Raubling am 6.3.2010 60 Jahre alt.

Im Landkreis Starnberg feiert Kreisrat Thomas Ostermair am 12.3.2010 den 60. Geburtstag.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Fritz Stahl aus Traunstein im gleichnamigen Landkreis am 1.3.2010.

Ebenfalls im Landkreis Traunstein feiert Kreisrat Ludwig Mair aus Kienberg am 18.3.2010 den 60. Geburtstag.

Niederbayern

November

Kreisrat Walter Heidl aus Simbach im Landkreis Dingolfing-Landau wurde am 8.11.2009 50 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendete Kreisrat Max Wimmer aus Essenbach im Landkreis Landshut am 25.11.2009.

Kreisrat Herbert Altmann aus Kirchdorf im Landkreis Regen wurde am 24.11.2009 65 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendete Kreisrat Erwin Kammermeier aus Geiselhöring im Landkreis Straubing-Bogen am 25.11.2009.

Dezember

Kreisrat Dr. Heribert Rauch aus dem Landkreis Deggendorf wird am 29.12.2009 50 Jahre alt.

Kreisrat und Stellvertretender Landrat Peter Erl aus dem Landkreis Deggendorf wird am 31.12.2009 60 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Martin Kiermeyer aus Aiglsbach im Landkreis Kelheim am 19.12.2009.

Kreisrat Johann Weinzierl aus Rottenburg im Landkreis Landshut wird am 12.12.2009 60 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat Robert Auberger aus Hutthurm im Landkreis Passau am 27.12.2009.

Januar

Kreisrat und Bürgermeister Fritz Wittmann aus Essenbach im Landkreis Landshut wird am 18.1.2010 60 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Gisela Floegel aus Vilsbiburg im Landkreis Landshut am 24.1.2010.

Am 25.1.2010 feiert Kreisrat und Bürgermeister Franz Göbl aus Buch am Erlbach im Landkreis Landshut den 50. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Barbara Unger aus Feldkirchen im Landkreis Straubing-Bogen am 17.1.2010.

Ebenfalls im Landkreis Straubing-Bogen feiert Kreisrat Karl Lausser aus Rattiszell am 9.1.2010 den 65. Geburtstag.

Februar

Kreisrätin Renate Franzel aus Deggendorf im gleichnamigen Landkreis wird am 20.2.2010 50 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Bürgermeister Johann Wegerbauer aus Jandelsbrunn im Landkreis Freyung-Grafenau am 1.2.2010.

Am 5.2.2010 feiert Kreisrat und Bürgermeister Franz Kiermaier aus Siegenburg im Landkreis Kelheim den 65. Geburtstag.

Kreisrat und Landrat a. D. Rudolf Faltermeier aus Kelheim im gleichnamigen Landkreis wird am 12.2.2010 84 Jahre alt.

März

Im Landkreis Landshut feiert Kreisrätin Rosi Steinberger aus Kumhausen am 9.3.2010 den 50. Geburtstag.

Oberpfalz

November

Am 16.11.2009 wurde Kreisrat Herbert Dankerl aus dem Landkreis Cham 70 Jahre alt.

Kreisrat Reiner Gäbl aus dem Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab feierte am 6.11.2009 den 50. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrat Dr. Heinrich Gref aus dem Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab am 12.11.2009.

Im Landkreis Regensburg feierte Kreisrat Georg Thaler am 15.11.2009 den 60. Geburtstag.

Dezember

Kreisrat Georg Hiegl aus dem Landkreis Cham wird am 11.12.2009 70 Jahre alt.

Am 5.12.2009 feiert Kreisrat Helmut Wächter, Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab, den 60. Geburtstag.

Januar

Kreisrat Gerd Geismann aus Sulzbach-Rosenberg im Landkreis Amberg-Weizbach wird am 5.1.2010 65 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Bürgermeister Theo Amberger aus Rimbach im Landkreis Cham am 13.1.2010.

Am 9.1.2010 wird Kreisrat Martin Wallinger aus dem Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab 50 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Annette Karl, MdL, aus dem Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab am 13.1.2010.

Am 22.1.2010 wird Kreisrat Hans Griesbeck aus Sinzing im Landkreis Regensburg 65 Jahre alt.

Den 65. Geburtstag feiert auch Kreisrat Herbert Schötz aus Wörth a. d. Donau im Landkreis Regensburg am 16.1.2010.

Februar

Kreisrat Horst Frötschl aus dem Landkreis Neustadt a. d. Waldnaab wird am 1.2.2010 75 Jahre alt.

März

Kreisrat und Bürgermeister Max Schmaderer aus Schorndorf im Land-

Kreis Cham feiert am 6.3.2010 den 50. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Mariane Eckert aus Schwarzenfeld im Landkreis Schwandorf am 4.3.2010.

Oberfranken

November

Kreisrat Siegfried Stengel aus Stegaurach im Landkreis Bamberg wurde am 2.11.2009 60 Jahre alt.

Das 70. Lebensjahr vollendete Kreisrat Hans Böhmer aus Pegnitz im Landkreis Bayreuth am 12.11.2009.

Ebenfalls im Landkreis Bayreuth feierte Kreisrat Arno Herrmann aus Warmensteinach am 19.11.2009 den 70. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendete Kreisrätin Dr. Susanne Diekmann aus Forchheim im gleichnamigen Landkreis am 13.11.2009.

Ebenfalls im Landkreis Forchheim wurde Kreisrat Georg Lang aus Gößweinstein am 21.11.2009 50 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feierte Kreisrat Franz Streit aus Forchheim im gleichnamigen Landkreis am 18.11.2009.

Dezember

Kreisrätin Gerlinde Fischer aus Gundelsheim im Landkreis Bamberg wird am 4.12.2009 50 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Sonja Wagner aus Pegnitz im Landkreis Bayreuth am 19.12.2009.

Ebenfalls im Landkreis Bayreuth feiert Kreisrat Georg Birner aus Mistelgau am 7.12.2009 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Dieter Pfefferkorn aus Schwarzenbach am Wald im Landkreis Hof wird am 2.12.2009 70 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Erster Bürgermeister Herbert Schneider aus Küps im Landkreis Kronach am 10.12.2009.

Januar

Kreisrat und Bürgermeister Johann Kalb aus Buttenheim im Landkreis Bamberg wird am 20.1.2010 50 Jahre alt.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat und Bürgermeister Franz-Josef Kraus aus Ebermannstadt im Landkreis Forchheim am 6.1.2010.

Am 2.1.2010 feiert Kreisrätin Christa Fickenscher aus Selbitz im Landkreis Hof den 60. Geburtstag.

Februar

Kreisrätin Monika Heß aus Ebersdorf im Landkreis Coburg vollendet am 25.2.2010 das 60. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Peter Rödel aus Berg im Landkreis Hof am 7.2.2010.

Den 65. Geburtstag feiert Kreisrat Herbert Pittroff aus Helmbrechts im Landkreis Hof am 23.2.2010.

Im Landkreis Wunsiedel i. Fichtelgebirge wird Kreisrätin Uta Siegle aus Marktredwitz am 25.2.2010 65 Jahre alt.

März

Kreisrat und Bürgermeister Max-Dieter Schneider aus Ebrach im Landkreis Bamberg wird am 23.3.2010 60 Jahre alt.

Im Landkreis Kronach feiert Kreisrat Peter Schmittnägels aus Steinwiesen am 22.3.2010 den 60. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat Oswald Purucker aus Marktregast im Landkreis Kulmbach am 31.3.2010.

Am 20.3.2010 feiert Kreisrat Winfried Baumgärtner aus Stadtsteinach im Landkreis Kulmbach den 60. Geburtstag.

Im Landkreis Lichtenfels vollendet Kreisrätin Melita Braun aus Altenkunstadt am 19.3.2010 das 50. Lebensjahr.

Mittelfranken

November

Kreisrat Johann Sedlmeier aus dem Landkreis Ansbach wurde am 10.11.2009 65 Jahre alt.

Im Landkreis Erlangen-Höchstadt feierte Kreisrätin Barbara Stark-Irlinger am 13.11.2009 den 60. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrat Heinz Bauer aus Oberasbach im Landkreis Fürth am 9.11.2009.

Kreisrat Rüdiger Pompl, Landkreis Nürnberger Land, wurde am 14.11.2009 65 Jahre alt.

Dezember

Im Landkreis Ansbach vollendet Kreisrätin Elke Held-Bartsch am 19.12.2009 das 50. Lebensjahr.

Am 8.12.2009 wird Kreisrätin Irene Franz aus Langenzenn im Landkreis Fürth 50 Jahre alt.

Kreisrätin Lissy Wild-Heyder aus Büchenbach im Landkreis Roth feiert am 3.12.2009 den 60. Geburtstag.

Januar

Kreisrat Joachim Wersal aus Hemhofen im Landkreis Erlangen-Höchstadt wird am 12.1.2010 60 Jahre alt.

Am 28.1.2010 feiert Kreisrat Wilfried Glässer aus Eckental im Landkreis Erlangen-Höchstadt den 60. Geburtstag.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrat Horst Topp aus Altdorf im Landkreis Nürnberger Land am 30.1.2010.

Ebenfalls im Landkreis Nürnberger Land wird Kreisrat und Erster Bürgermeister Erich Odörfer aus Altdorf am 7.1.2010 60 Jahre alt.

Im Landkreis Weißenburg-Gunzenhausen vollendet Kreisrat Franz Luber aus Weißenburg i. Bayern am 2.1.2010 das 60. Lebensjahr.

Februar

-

März

Im Landkreis Fürth wird Kreisrat Maximilian Gaul aus Roßtal am 16.3.2010 60 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Fürth feiert Kreisrat Karl-Heinz Hühnermann aus Cadolzburg am 25.3.2010 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Hans Meyer aus Scheinfeld im Landkreis Neustadt a. d. Aisch-Bad Windsheim wird am 21.3.2010 60 Jahre alt.

Unterfranken

November

Im Landkreis Bad Kissingen wurde Kreisrat Walter Gutmann aus Wildflecken am 12.11.2009 65 Jahre alt.

Kreisrat Herbert Stang aus Ebern im Landkreis Haßberge feierte am 9.11.2009 den 60. Geburtstag.

Das 70. Lebensjahr vollendete Kreisrat Theo Diem aus Riedbach-Mechenrid im Landkreis Haßberge am 26.11.2009.

Kreisrat und Staatsminister a. D. Eberhard Sinner, MdL, aus dem Landkreis Main-Spessart wurde am 20.11.2009 65 Jahre alt.

Im Landkreis Miltenberg feierte Kreisrat Roland Weber aus Collenberg am 15.11.2009 den 50. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendete auch Kreisrat Ulrich Frey aus Miltenberg im gleichnamigen Landkreis am 26.11.2009.

Kreisrat Hartmut Bräuer aus Gerolzhofen im Landkreis Schweinfurt wurde am 22.11.2009 65 Jahre alt.

Im Landkreis Würzburg feierte Kreisrat Thomas Rützel aus Greußenheim am 6.11.2009 den 50. Geburtstag.

Ebenfalls im Landkreis Würzburg wurde Kreisrat Paul Lehrieder, MdB, aus Gaukönigshofen am 20.11.2009 50 Jahre alt.

Dezember

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Hannelore Hock aus dem Landkreis Aschaffenburg am 5.12.2009.

Kreisrat Benno Metz aus Burkardroth im Landkreis Bad Kissingen wird am 16.12.2009 50 Jahre alt.

Im Landkreis Würzburg feiert Kreisrat Günter Rudolf aus Röttingen am 26.12.2009 den 65. Geburtstag.

Januar

Kreisrat Gerhard Eck, MdL, aus Pusselsheim im Landkreis Schweinfurt feiert am 24.1.2010 den 50. Geburtstag.

Im Landkreis Würzburg vollendet Kreisrat Bruno Scheiner aus Greußenheim am 27.1.2010 das 60. Lebensjahr.

Februar

Kreisrat Henning Kaul aus Alzenau-Hörstein im Landkreis Aschaffenburg wird am 1.2.2010 70 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Aschaffenburg feiert Kreisrat Norbert Ries aus Schöllkrippen am 23.2.2010 den 50. Geburtstag.

Kreisrat und Bürgermeister Walter Ziegler aus Ebelsbach im Landkreis Haßberge wird am 8.2.2010 60 Jahre alt.

Den 50. Geburtstag feiert Kreisrat Heinz Galuschka aus Marktbreit im Landkreis Kitzingen am 18.2.2010.

Im Landkreis Kitzingen wird Kreisrätin Hildegard Schlegel aus Martinsheim am 8.2.2010 60 Jahre alt.

Kreisrat Ludwig Ritter, MdL a. D., aus Mömlingen im Landkreis Miltenberg feiert am 3.2.2010 den 75. Geburtstag.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat und Bürgermeister Günther Oettinger aus Großheubach im Landkreis Miltenberg am 16.2.2010.

März

Im Landkreis Bad Kissingen wird Kreisrat Reimar Glückler aus Hammelburg am 15.3.2010 65 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet auch Kreisrat Werner Holzinger aus Haßfurt im Landkreis Haßberge am 22.3.2010.

Kreisrat Peter Haupt aus Volkach im Landkreis Kitzingen wird am 21.3.2010 60 Jahre alt.

Im Landkreis Main-Spessart feiert Kreisrat Rudolf Hock aus Steinfeld-Hausen am 8.3.2010 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Gerhard Kraft aus Karlstadt-Laudenbach im Landkreis Main-Spessart wird am 24.3.2010 50 Jahre alt.

Das 50. Lebensjahr vollendet auch Kreisrat und Bürgermeister Thomas Köhler aus Kleinwallstadt im Landkreis Miltenberg am 12.3.2010.

Kreisrat Hubert Dörr aus Ostheim v. d. Rhön im Landkreis Rhön-Grabfeld wird am 16.3.2010 50 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendet Kreisrätin Inge Keßler aus Bad Königshofen i. Gr., Landkreis Rhön-Grabfeld, am 21.3.2010.

Am 13.3.2010 feiert Kreisrätin Annetta Zeisner aus Bad Neustadt a. d. Saale, Landkreis Rhön-Grabfeld, den 50. Geburtstag.

Das 70. Lebensjahr vollendet Kreisrat Rudolf Glaesner aus Mellrichstadt, Landkreis Rhön-Grabfeld, am 9.3.2010.

Kreisrätin Gaby Konrad aus Veitshöchheim im Landkreis Würzburg wird am 21.3.2010 50 Jahre alt.



Schwaben

November

Im Landkreis Aichach-Friedberg wurde Kreisrätin Johanna Held am 13.11.2009 60 Jahre alt.

Am 15.11.2009 wurde Kreisrat Hans Schweizer aus dem Landkreis Aichach-Friedberg 50 Jahre alt.

Ebenfalls im Landkreis Aichach-Friedberg feierte Kreisrat Leonhard Büchler am 26.11.2009 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Helmut Stowasser aus dem Landkreis Donau-Ries wurde am 8.11.2009 70 Jahre alt.

Im Landkreis Neu-Ulm feierte Kreisrätin Rosl Schäufele am 9.11.2009 den 60. Geburtstag.

Kreisrätin Susanne Steinhilber aus Sonthofen im Landkreis Oberallgäu wurde am 8.11.2009 50 Jahre alt.

Das 65. Lebensjahr vollendete Kreisrat Gregor Bayrhof aus Hopferau im Landkreis Ostallgäu am 7.11.2009.

Dezember

Kreisrat Günter Hiesinger aus Lauingen (Donau) im Landkreis Dillingen an der Donau wird am 27.12.2009 70 Jahre alt.

Im Landkreis Donau-Ries feiert Kreisrat Dieter Paus am 20.12.2009 den 65. Geburtstag.

Das 50. Lebensjahr vollendet Kreisrat Karl-Martin Wöhner aus dem Landkreis Neu-Ulm am 27.12.2009.

Januar

Kreisrat und Bürgermeister a. D. Alfred Sartor aus Meitingen im Landkreis Augsburg wird am 3.1.2010 65 Jahre alt.

Im Landkreis Donau-Ries feiert Kreisrat Gerhard Ament aus Alerheim am 8.1.2010 den 60. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat Werner Gloning aus Günzburg im gleichnamigen Landkreis am 14.1.2010.

Kreisrat Dr. Thomas Ermer aus Günzburg im gleichnamigen Landkreis feiert am 15.1.2010 den 50. Geburtstag.

Am 15.1.2010 wird auch Kreisrat Franz Zenker aus Ichenhausen, Landkreis Günzburg, 50 Jahre alt.

Februar

Kreisrat Georg Resch aus Mering im Landkreis Aichach-Friedberg feiert am 10.2.2010 den 50. Geburtstag.

Kreisrätin Sabine Grünwald aus Schwabmünchen im Landkreis Augsburg wird am 4.2.2010 50 Jahre alt.

Im Landkreis Donau-Ries feiert Kreisrätin Ursula Seefried aus Hainsfarth am 25.2.2010 den 65. Geburtstag.

Kreisrat Helmut Kiechle aus Bellenberg im Landkreis Neu-Ulm wird am 6.2.2010 70 Jahre alt.

März

Kreisrat Heinz Liebert aus Meitingen im Landkreis Augsburg wird am 11.3.2010 60 Jahre alt.

Das 60. Lebensjahr vollendet Kreisrat und Bürgermeister Albert Lettinger aus Zusmarshausen im Landkreis Augsburg am 24.3.2010.

Im Landkreis Dillingen a. d. Donau feiert Kreisrätin Hannelore Schmid aus Bissingen-Göppingen am 1.3.2010 den 60. Geburtstag.

Kreisrat Dietmar Bulling aus Lauingen (Donau) im Landkreis Dillingen an der Donau wird am 25.3.2010 60 Jahre alt.

Im Landkreis Donau-Ries feiert Kreisrat Anton Fischer aus Harburg am 10.3.2010 den 65. Geburtstag.

Das 60. Lebensjahr vollendet auch Kreisrat Karlheinz Stippler aus Deiningen im Landkreis Donau-Ries am 26.3.2010.

Am 7.3.2010 wird Kreisrat Udo Himml aus Immenstadt im Landkreis Oberallgäu 60 Jahre alt.

Kreisrätin Claudia Gschwind aus Altusried im Landkreis Oberallgäu vollendet am 10.3.2010 das 50. Lebensjahr.

Den 60. Geburtstag feiert Kreisrat Helmut Koch aus Winterrieden im Landkreis Unterallgäu am 27.3.2010.

